Abendausgabe

Nr. 434 ♦ 42. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 214

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
14. September 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Die Eröffnung des Parteitags.

Eberts Gedenken. — Wels' Kampfrede. — Begrüßungen der Bruderparteien.

Heidelberg, 13. September.

Der Parteitag wird eröffnet. Der große Raum des Stadthallensaales war mit seinen Rängen und Ringen überfüllt. Von weither waren die Genossen gekommen, stundenweite Wege über Berge und auf verregneten Pfaden hatten sie zurückgelegt, und des Nachts werden sie denselben Marsch noch einmal machen. Was trieb sie vom Odenwald zum Neckartal? Nicht Kurzweil, nicht Unterhaltungsbedürfnis Es trieb sie das Verlangen, dort, wo ihre Partei ihren Tag abhält, nicht zu fehlen mit dem Bekenntnis der Zusammengehörigkeit, mit der leidenschaftlichen Versicherung: „Wir sind da, aus Hütte und Werkstatt, vom Pfluge und Schreibpult. Wir sind da, wir sind die Partei der Arbeit in der Gegenwart und die Bereiter einer schöneren Zukunft."

Die Formalitäten der Eröffnung des Parteitages gestalteten sich zu einem Erlebnis für alle, die ihr beiwohnen konnten. Am Vorstandstisch, noch in tiefer Trauer die Gattin Friedrich Eberts, daneben eine stattliche Reihe von Abgesandten ausländischer Bruderparteien, die gekommen sind, um der Deutschen Sozialdemokratie die Gemeinschaft des Denkens und Fühlens zu versichern. Ein Festgesang der Arbeitersänger, voll Wucht und Kraft, und dann die Begrüßung durch den Genossen Ammann, der für die Heidelberger Parteiorganisation die mühselige Vorbereitung des Kongresses mit Umsicht und Erfolg geleitet hat. Er spricht von den badischen Landtagswahlen, von der Arbeit und dem Wirken der Genossen auf diesem schönen, aber kleinbürgerlichen Stückchen Erde und er widmet dem Parteitag ein kräftiges Glückauf! zu den Beratungen, die bevorstehen.

Dann Otto Wels als Vorsitzender der Partei. Er spricht zunächst schlicht, aber herzlich den Heidelbergern seinen Dank aus, dann ein kurzer Rückblick auf die Politik des letzten Jahres, die Politik des Zollwuchers, der Liebesgaben und des Steuerdrucks der Luther-Regierung, der schmählich zusammengebrochenen Demagogie der Deutschnationalen und der Kommunisten.

Dann aber gedenkt er der Toten des Jahres, in erster Linie Friedrich Eberts. Bei seinem Gedenken auf diesem ersten Parteitag nach seinem Tode ergibt sich von selbst die Erinnerung an die Tage des Zusammenbruchs von 1918, als der letzte Kanzler der Monarchie die Leitung des Reiches in die Hand Friedrich Eberts legte. Alle wußten damals — auch die, die es heute leugnen — daß die Sozialdemokratie die einzige Kraft war, die das Reich beisammenhalten konnte. Damals war die Sozialdemokratie der Staat.

Und nun wuchs sich die Rede des Genossen Wels aus zu einem leidenschaftlichen und hinreißenden Bekenntnis zum republikanischen Staat, den wir mit Friedrich Ebert gezimmert haben und den wir weder umstoßen noch aushöhlen lassen werden. Dieses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat wurde vom Parteitag durch stürmischen, immer wiederholten Beifall unterstrichen.

Der Beifall steigerte sich noch, als der Genosse Dr. Renner aus Wien für Deutschösterreich das gleiche Bekenntnis zum großdeutschen Staat ablegte.

Die herzlichen Begrüßungsreden der ausländischen Bruderparteien gaben diesem Gelübde zum eigenen Staat die rechte Umrahmung. Die Internationale ruht auf den Schultern derer, die in ihren Ländern nicht ihre Pflicht versäumen.

Am Grabe Friedrich Eberts.

Die Bergketten um Heidelberg haben am Sonntag zum ersten Male seit langen Wochen ihre Nebelhauben abgestreift. Die Sonne lacht wieder. Es ist ein wundervoller früher Tag geworden. An diesem sonnigen Frühherbsttage standen die Mitglieder des Parteivorstandes und zahlreiche Delegierte am Grabe ihres Freundes, des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, auf dem Bergfriedhof in Heidelberg. Sie wollten dem verstorbenen Führer der Partei in schweren Zeiten vor Beginn des Parteitages eine stille Stunde des Gedenkens weihen und einen Kranz an seinem Grabe niederlegen als Zeichen der Freundschaft und des Gelöbnisses, daß sein Wirken nicht vergessen und sein Werk nicht vernachlässigt werde. Viele Hunderte von Heidelberger Parteigenossen hatten sich dem Parteivorstand angeschlossen, um an der stillen Totenfeier teilzunehmen. Der Senior des Parteivorstandes, Genosse Hermann Molkenbuhr, gedachte am Grabe in bewegten Worten der Arbeit, die Ebert für die Partei der Arbeit geleistet hat und der Dankesschuld, die ihm gebührt.

Am Abend in der Stadthalle.

Heidelberg, 13. September. (Eigener Drahtbericht.)

In der prächtigen Heidelberger Stadthalle trat Sonntag abend der Parteitag zusammen. Schon vom frühen Nachmittag an strömten Genossen aus allen Teilen Badens, selbst aus den entlegensten Dörfern des Odenwaldes, in die Stadthalle, um auf den Rängen des Festsaales einen Zuschauerplatz zu finden. Vor der angesetzten Eröffnungsstunde, um 6 Uhr, war der geräumige quadratische Festsaal von Delegierten und Gästen dichtgefüllt. Am Vorstandstisch hatte auch die Witwe Friedrich Eberts in Trauer Platz genommen, zu ihrer Seite der badische Minister Genosse Remmele. Pünktlich 6 Uhr flammten die Lichter im ganzen Saale auf, und die schöne Ausschmückung des Tagungslokals des Parteitages trat deutlich hervor. Ränge, Galerien und Podium sind mit rotem und schwarzrotgoldenem Flaggenschmuck ausgestattet, im Hintergrunde der Bühne stehen mahnend die Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle, zwischen ihnen ein besonders wohlgelungenes und ausdrucksvolles Oelbild Friedrich Eberts

Die Vereinigten Arbeitersänger Nordbadens begrüßten den Parteitag mit dem Festgesang von Uthmann. Dann ergriff Genosse

Ammann-Heidelberg

das Wort, um namens der Heidelberger und der gesamten badischen Parteiorganisation den Parteitag willkommen zu heißen:

Daß für den Parteitag Heidelberg gewählt wurde, ist eine Ehrung Friedrich Eberts, des Sohnes unserer Altstadt, dessen frisches Grab Heidelberg für Tausende und aber Tausende von Republikanern und Sozialisten zu einem Wallfahrtsort gemacht hat. Möge sein Geist über den Beratungen dieses Parteitages schweben! (Der Parteitag hatte sich erhoben und hörte diese Worte in tiefer Ergriffenheit an.) Heidelberg, die Universitäts- und Fremdenstadt, ist kein alter Kampfboden der Partei. Erst seit 1889 hat die sozialistische Arbeiterbewegung hier Wurzeln geschlagen, aber sie hat sich unter den schwierigsten Verhältnissen durchgesetzt. In der Nachkriegszeit boten die zahlreichen verarmten Rentiers und die vielen Arbeitslosen der demagogischen Agitation der Völkischen und Kommunisten günstigen Boden. Aber trotzdem ist

auch in Heidelberg die Sozialdemokratie die größte politische Partei

und die stärkste Organisation geblieben. (Lebhaftes Bravo!) Wir haben 25 Vertreter im Bürgerausschuß und zwei Landtagsmandate — das dritte diesmal zu holen, wird unser eifriges Bemühen sein. Bei der Reichspräsidentenwahl haben wir 9400 Stimmen für Otto Braun aufgebracht, nur 300 weniger als bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919. Möge der Parteitag in seinem gesamten Verlauf ein wirkungsvoller Auftakt zu den bevorstehenden badischen Landtagswahlen werden. Möge das vielgerühmte und vielbesungene Heidelberg auch in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie einen guten Klang erhalten, nicht nur als Geburtsstadt Friedrich Eberts, sondern auch als Tagungsort des Parteitages, der ein Wegbereiter wird für den Fortschritt der Partei und den Endsieg des Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Lebhaft begrüßt, ergreift im Namen des Parteivorstandes

Otto Wels

das Wort. Er dankt zunächst den badischen Genossen für den herzlichen Willkommensgruß und die gute Vorbereitung des Parteitages und fährt dann fort:

Vor unserem Auge taucht die Erinnerung an unseren ersten Parteitag in Baden auf, 1906 im herrlichen Nibelungensaal des Rosengartens zu Mannheim. Zugleich werden vor unserem Auge lebendig die Gestalten der Führer der badischen Sozialdemokratie, die heute nicht mehr unter uns weilen: die markige Gestalt August Dreesbachs, des Gründers der badischen Partei, der jenen Parteitag so herzlich begrüßte, das Andenken an Kolb wird wach, an Ludwig Frank und auch an den Streit um die Budgetbewilligung, der vor dem Weltkrieg die Partei so oft und so lebhaft beschäftigte.

Wir haben seitdem in der Partei keine badischen Streitfragen mehr gehabt. Wir sind aber noch nicht befreit von dem Konflikt, der mit dem Namen eines der heutigen deutschen Freistaaten verknüpft ist, und wir werden uns auf diesem Parteitag, wie auf dem vorherigen, damit zu beschäftigen haben und ihn hoffentlich einer für die Partei nützlichen Lösung entgegenführen.

Mein Rückblick auf das verflossene Jahr rückt vor allem die Erinnerung an die letzten Kämpfe näher, die die Sozialdemokratie — und zwar sie fast ausschließlich — für die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen führt. Im ganzen Lande feiert man jetzt Erntefeste und überall spricht man von dem guten Ertrag, den die Ernte, insbesondere an Brotgetreide, gebracht hat. Trotzdem sehen wir auch hier unter der Fülle der Dinge, die der einfache Mensch nicht begreifen kann, wieder die Ungeheuerlichkeit, daß

nach einer besonders guten Ernte das Brot nicht billiger, sondern teurer

wird. Unsere Agrarier und ihre Politiker nennen das Schutz der heimischen Produktion. Unter dieser heuchlerischen Parole führten sie im Reichstag den Kampf um ihren Zolltarif. Millionen Familien gehen so angesichts einer herrlichen Ernte einem schweren Winter entgegen zu Nutz und Frommen der Großgrundbesitzer, die wiederum Millionengeschenke einsteffeln können, dank dem Regierungsbluff der Preissenkungsaktion und der Lammesgeduld der deutschen Verbraucher. Die Steuerkampagne wie den Kampf um eine Aufwertung im Interesse der Inflationsopfer hat die Partei mit beispielloser Zähigkeit und Energie geführt. In tausenden Zuschriften kommt die Empörung über das Verhalten der Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage zum Ausdruck. Jetzt verfluchen es die Betrogenen, daß sie der demagogischen Politik derer gefolgt sind, die Deutschland in das Währungselend hineingestürzt haben, dessen Ausgangspunkt schon in der Helfferichschen Finanzpolitik zu suchen ist.

Wir haben außenpolitisch den größten Triumph zu konstatieren, den je eine Partei erlebt hat. Unsere sogenannte

Erfüllungspolitik,

die wir stets im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands gedacht haben, die uns so viele Angriffe und Schmähungen zugetragen hat, sie ist heute auch von den Parteien als die allein mögliche anerkannt, die jetzt die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte zu tragen haben. Damit ist zugleich jeder der demagogisch verlogenen Angriffe zurückgewiesen, der in den letzten sechs Jahren gegen die Sozialdemokratie aus diesem Grunde erhoben wurde. Freilich, jene völkischen Narren, die von dem Ruhm der Bürgerbräu-Revolution im November 1923 noch nicht genug haben, jene Viking- und Hakenkreuzorganisationen, die im Bund der „Ritter vom Feurigen Kreuz" ihre höchste Auslese gefunden haben, sind noch heute nicht belehrt. Gelang es ihnen auch nicht, das entwaffnete Deutschland während des Ruhrkampfes in das Verbrechen eines neuen Krieges zu stürzen, so führen sie doch auch heute noch die Verbrecherpolitik weiter, der Erzberger und Rathenau zum Opfer gefallen sind. Sie können sich darauf berufen, daß sie ja nur die Politik fortführen, die die Deutschnationalen, solange sie noch Oppositionspartei waren, gemeinsam mit ihnen getrieben haben. Um so tapferer, je weiter vom Schuß, wie ihnen das der „beste deutsche Mann", Jarres, ihr Präsidentschaftskandidat, in jenem Briefe bescheinigt, in dem er der deutschnationalen Presse des Ruhrgebiets sagt, daß es kein Ruhmesblatt für sie sei, es der sozialdemokratischen Presse allein überlassen zu haben, die deutschen Interessen im besetzten Gebiet wahrzunehmen. (Sehr richtig!) Genau so ist es ja auch Tatsache, daß allein

die Deutschnationale Partei die Verbreitung von Aufklärungs- und Abwehrschriften im Ruhrgebiet gegen den Rechtsbruch Poincarés abgelehnt

hat, mit der Begründung, „das Material könnte sie gegenüber den Besatzungsbehörden kompromittieren". Von ihnen gilt das Wort: Je größer die Klappe, um so größer die Angst. (Zustimmung.)

Auch die Kommunistische Partei ist für uns zu einer Frage zweiten Ranges geworden. Erst kürzlich verschwand eine Führergarnitur in der Versenkung, um Ruth Fischer und ihren Knoppen Platz zu machen. Jetzt hat ein neuer Hirtenbrief Sinowjews neue Parolen gebracht: „Anpassung an die Politik der Sozialdemokratie" bedeuten sie, auf die kürzeste Formel gebracht. Die KPD. ist in völliger Zersetzung und die neue Parole der Einheitsfront wird ihr so wenig inneren Halt verleihen können wie alle bisherigen. Die Sprengung der Gewerkschaften ist mißlungen; allein die Tatsache, daß auf dem soeben beendeten Gewerkschaftskongreß in Breslau nur noch 2 Vertreter des Kommunismus gegenüber 90 auf dem vorigen Kongreß vorhanden waren zeigt das mit aller Deutlichkeit.

Mit nicht geringerer Befriedigung wie auf dem deutschen Gewerkschaftskongreß, kann die deutsche Arbeiterklasse auch auf den

Kongreß in Marseille

zurückblicken, der den demokratischen Sozialismus in unaufhaltsamem Vormarsch zeigt. Der Gedanke, alle Kräfte der Arbeiterbewegung in den Dienst der Friedensbewegung zu stellen, entspricht dem Bekenntnis daß der Kapitalismus den Krieg, der Sozialismus den Frieden bedeutet. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft in den einzelnen Ländern bereits zu genügender Machtstärke herangewachsen, um den Kriegstreibereien der Chauvinisten erfolgreich entgegentreten zu können.

Auch Wels gedenkt nun, während die Zuhörer sich erheben, aller Toten der Partei, darunter Friedrich Eberts, an dessen Grab vorher eine stimmungsvolle Gedenkfeier abgehalten worden war. Dann sagt Wels:

Es ist kein Zufall, daß der erste Parteitag nach Friedrich Eberts Tode in der Stadt tagt, in deren Bannkreis seine sterblichen Ueberreste ihre Ruhe gefunden haben; während wir hier an die Arbeit gehen, um den Bau der Partei ein Stockwerk höher zu führen, schwebt in uns die Erinnerung an Friedrich Ebert und an jene anderen nach. Der Mann, den wir dort oben am Bergfriedhof vor einem Jahre zur Ruhe gebettet haben, bedeutet für uns einen Markstein in unserem Tageskampf und ein Symbol für den

Uebergang von der höchsten Verantwortlichkeit zur Opposition.

Vor sieben Jahren war die Sozialdemokratie der Staat. Dieser Staat wurde als Folge des Verbrauchs des menschlichen Materials, der moralischen und wirtschaftlichen Kraft im Ringen des deutschen Volkes gegen die ganze Welt, die, gestützt auf unerschöpfliche Menschenmassen und materielle Hilfsmittel gegen uns im Kampfe stand. Damals wurde dieser Staat geboren aus der Unzulänglichkeit der Herrschenden, aus der Not einer ausgemergelten verhungerten Bevölkerung. Er wurde geboren im Bauch der Panzerschiffe, in den Kasernen der Ersatzbataillone, in den brennenden Gehirnen verzweifelter Matrosen und Feldsoldaten, eine Folge der Verzweiflung über das zwecklose Morden und über die nicht endenwollende Qual. Vor sieben Jahren kamen die Truppen, die man zur Niederhaltung des Volkes kommandiert hatte, in das „Vorwärts"gebäude und verlangten eine neue politische Führung, als Kaisertum und Königtum, als der Militärstaat wie Seifenblasen über ihren Köpfen zerplatzten; und als die Monarchie in all ihrer Erbärmlichkeit und Unfähigkeit zerborsten und zerbrochen vor uns lag, da gab der letzte Kanzler des Kaiserreichs dem Führer der sozialdemokratischen Partei, Friedrich Ebert, das Schicksal des deutschen Volkes in die Hand, weil er wußte, was damals alle wußten: Nur in der Sozialdemokratie, hier allein gab es noch eine Rettung für Existenz und Einheit der Nation.

Wir haben dieses Abschiedsgeschenk des alten Staates, ein Danaergeschenk im wahrsten Sinne des Wortes, mit aller Kraft festgehalten. Ebert und wir alle, nicht nur in Berlin, nein, allerorts in deutschen Landen, von einer Versammlung zur andern.

Wir haben den Staat für das Volk erobert,

und als alle jene Stürme von links abgebrandet waren, als die Vorpostengefechte Sowjetrußlands in den Straßen unserer Großstädte scheiterten, da zündeten die Landsknechtsführer der Rechten im Kapp-Putsch und im Hitler-Putsch den Brand von neuem an, und Ebert und wir, die Massen des freigewerkschaftlichen Proletariats,

wir standen von neuem im Zentrum dieser Gewitter und hielten mit unseren Fäusten die Republik. Darum stehen wir mit heißem Herzen zu diesem Staat; denn er stammt von uns. Wir werden es ihnen immer wieder von neuem in die Ohren schreien:

„Vergeßt es nicht! Wir haben unzerstörbare Rechte an dieser Republik. Vor sieben Jahren war die deutsche Sozialdemokratie der Staat!"

Als aber Ruhe im Lande war, als mit unserer Hilfe die Wirtschaft auf dem Dawes-Fundament sich konsolidierte, als die Möglichkeit geschaffen wurde, die deutsche Politik auf dem Boden des Sicherheits- und Völkerbundsgedankens fest zu verankern, als die Putschgespenster von rechts und links im Tageslicht einer neuen Währung und einer gesundenden Wirtschaft zerstoben, da kamen sie wieder aus ihren Löchern und Winkeln, die Junker, die Schulmeister, die Schlotbarone und Pfeffersäcke und verpesteten die politische Atmosphäre mit dem Gestank ihrer Lügen und ihrer Gemeinheit. Sie verpesteten die Redaktionen der Zeitungen, die Parlamente und sie verkleisterten die Gehirne des kleinen Mannes und schrieen: Korruption! Das wagten sie, die fluchbeladenen Träger eines elend zusammengebrochenen, korrupten und versumpften Systems, diese Söldlinge und erbärmlichen Klopffechter der Reaktion. Und das von ihnen im Land verbreitete Giftgas der Verleumdung legte sich wie ein erstickender Dampf auf das Schlachtfeld der Republik. Friedrich Ebert, an dessen Schuhsohlen das Gesindel nicht heranreichte, brach unter ihrer Hetze zusammen, weil er zu ehrlich, weil er zu vornehm und zu ritterlich war, um ihnen mit gleicher Münze heimzuzahlen. Der Schmerz über so viel Lumperei hat dem Toten am Bergfriedhof dort oben das Herz gebrochen. (Bewegung.)

Uns aber, Genossen, ist dieser Kampf der Lüge und Verleumdung erst dann gefährlich, wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, den Glauben an die Reinheit und Größe unserer Bewegung, den Glauben an die eigene Makellosigkeit — die der Führerschaft und der Partei. Darum weg mit der stickigen Luft der Verleumdung und Lug' in Aug', aber auch Arm in Arm, zusammengetreten für die Partei! Wir wissen es heute schon, diese ganze Kanonade ist vergebens gewesen, die Armeen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft marschieren vorwärts mit neuer, mit doppelter Kraft. Jener Kampf war der Gipfelpunkt der Kampagne gegen die Partei, um uns endgültig aus der politischen Macht zu verdrängen, um die ganze Koppel deutschnationaler Futterkrippenjäger wieder über Deutschland loszulassen, um den von uns geschaffenen Staat mit deutschnationaler Frechheit und Arroganz zu erdrosseln und abzuwürgen. Und doch haben sie ihr Ziel nicht erreicht!

Im Reich stehen wir heute in Opposition. Aber diese Opposition schafft uns im größten Ausmaß die Vorbedingungen für die Wiedererringung der politischen Macht. Ein halbes Jahr Rechtsregierung gegen die Sozialdemokratie hat auch dem einfältigsten Leser der Rechtspresse bewiesen, daß auch die Junker mit ihrem „Retter" den „Befreiungskrieg gegen Frankreich" nicht führen können. Das halbe Jahr Rechtsregierung gegen die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß Sparer, Kleinbauern und Kleinbürger, Gehalts- und Lohnempfänger, daß der Konsument schmählich betrogen wird, wenn er seine Stimme den Parteien gibt, hinter denen nur eine treibende Kraft steht: Kapital und Profit!

Ein halbes Jahr Rechtsregierung

gegen die Sozialdemokratie hat auch dem Dümmsten bewiesen, wer das Geld der kleinen Sparer einsackt, wer durch Zölle das Brot verteuert, durch Steuern den kleinen Mann ausbeutet, den großen aber Liebesgaben nachwirft und aus dem armen Teufel das Letzte herauspreßt. Darum ergibt sich als Lohn dieses Kampfes gegen die Rechtsregierung, als Gewißheit für uns die Wiedererringung der politischen Macht auch im Reiche.

So gehen wir denn zur praktischen Arbeit auf diesem Parteitag als die Armee, die in der Aufnahmestellung der Opposition ihre tausendfach neu wachsenden Kräfte sammelt und zum nächsten Schlag sammelt. Heidelberg, der Name dieses Parteitags, das soll ein Kennwort werden in dieser Epoche des Befreiungskampfes des Proletariats. Während wir hier zur Arbeit schreiten, dunstet draußen am Neckar und am Main ein Land voll Freiheitssehnen und Zukunftsglauben, und aus den Ackerschollen dieser Dörfer, die den großen Bauernkrieg vor 400 Jahren gesehen haben, aus Frankenhausen und Königshofen, singen alte Lieder die Erinnerung an die große Zeit, da die geschundenen und bedrückten Bauern die Spieße und die Dreschflegel und die Sensen auf ihre Schultern nahmen und für die wirtschaftliche Befreiung ihrer Klasse marschierten. Aus diesem Bauernkrieg im Süden und aus der unblutigen Niederknüppelung der Bauernlegung im Norden und Osten auf Grund einer Agrarpolitik, die an Stelle der großen Bauernabschlachtung des Mittelalters die ökonomische Knechtung verewigen sollte, entstand im Maschinenzeitalter des 19. Jahrhunderts das Proletariat.

Unter den Fahnen der im alten Militär- und Klassenstaat entrechteten Arbeiterklasse, aus dem Meer von Blut und Tränen im großen Krieg, aus der Verzweiflung bürgerlicher, bäuerlicher und proletarischer Kämpfer entstand der neue Staat, den mit sozialem Geist zu erfüllen wir die höchste Pflicht haben. Die schmale Gasse in Heidelberg, in der eine Handwerkersfrau vor Jahrzehnten Friedrich Ebert gebar, das Grab des Reichspräsidenten dort oben am Bergfriedhof, und diese Dörfer am Neckar und Main, in denen sich die Bauern um ihre Freiheit schlugen, das sind uns Marksteine für den großen Befreiungskampf des Proletariats.

An die Arbeit, Genossen! Ueber den Gräbern des Alten regt sich das Neue und mit ihm wir, das neue Geschlecht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ich erkläre den Parteitag für eröffnet.

Wahl des Bureaus.

Auf Vorschlag Auer-München werden unter lebhafter Ovation einstimmig zu Vorsitzenden gewählt: Otto Wels und Emil Maier-Heidelberg. Auf Vorschlag Leuteritz-Hamburg werden zu Schriftführern gewählt: Adolf Dichtl-München, Frau Lohmann-Hannover, Minna Todenhagen-Berlin, Ludwig Leverrenz-Krefeld, Carsten-Altona, Riedmiller-Köln, Otto Saupe-Leipzig, Albert Pflüger-Stuttgart und Pietsch-Breslau.

In die Mandatsprüfungskommission, zugleich Beschwerdekommission, werden auf Vorschlag Lau-Hannover entsandt: Fritz Mencher-Dortmund, Bürgermeister Asch-Höchst a. M., Rudolf Wendt-Neuruppin, Minna Bolmann-Halberstadt, Otto Buchwitz-Görlitz, Dr. Kieß-Jena, Johann Schmidt-Bielefeld, Puchta-Bayreuth und Kaisen-Bremen.

Die Geschäftsordnung wird wieder einmütig genehmigt, die Tagesordnung unter Ablehnung aller Erweiterungsanträge gutgeheißen. Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Parteiprogramm schlägt Wels vor, die Programmkommission alsbald wieder zusammentreten zu lassen, damit sie die zahlreich eingegangenen Anträge und die Diskussion in der Parteipresse für ihren Bericht an den Parteitag noch verwerten kann. Die Programmkommission soll hierfür durch die Genossen Robert Schmidt, Paul Levi und Paul Kampffmeyer ergänzt werden. Der Parteitag beschließt demgemäß.

Mit besonderer Freude heißt Wels sodann

die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen

willkommen. Der Internationale war es leider unmittelbar nach dem Kongreß von Marseille nicht möglich, einen Vertreter zu entsenden. Sie wünscht in einem von Henderson und Adler gezeichneten Telegramm dem Parteitag gutes Gelingen und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß die deutsche Sozialdemokratie nach den verheißungsvollen Wahlkämpfen des letzten Jahres als Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse weiter wirken wird für die Sicherung der Republik, den Achtstundentag, den Weltfrieden und für die Eroberung der sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Die französische Partei und die britische Arbeiterpartei wünschen gleichfalls in herzlichen Telegrammen dem Parteitag besten Erfolg. Die deutschen Sozialisten Polens und die holländische Sozialdemokratie übermitteln dem Parteitag brüderliche Grüße. Vertreten sind auf dem Parteitag die Sozialdemokratische Partei Polens, die italienische Sozialdemokratie, die Dänen durch Reichstagsabg. Nielsen, den Kindervater. (Stürmischer Beifall.) Bei der Begrüßung Nielsens bringt Wels neben dem Gefühl der Dankbarkeit auch den Stolz darüber zum Ausdruck, daß die deutsche Arbeiterklasse bei der jüngsten gewaltigen Aussperrung in Dänemark begonnen hat, die Dankesschuld abzutragen, die sie gegenüber den dänischen Arbeitern hat. Als Vertreter der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie ist Dr. Karl Renner anwesend, der erste Staatskanzler der Republik Deutsch-Oesterreichs (stürmischer Beifall), für die belgische Arbeiterpartei deren Vorstandsmitglied Egelers. Ferner sind vertreten die ungarische Emigrantengruppe und die ungarische Sozialdemokratie, die deutsche und die tschechische Sozialdemokratie der Tschechoslawakei, die lettische und die georgische Sozialdemokratie und die russischen Menschewisten. Es sind eine große Anzahl von Telegrammen eingegangen sowie ein Brief von Karl Kautsky, der auf dem Nürnberger Einigungsparteitag zum Vorsitzenden der Programmkommission gewählt wurde und herzlich bedauert, an der Verabschiedung des Programms nicht mitwirken zu können. Hierauf gedenkt Wels der schweren Erkrankung Eduard Bernsteins. Er erbittet und erhält vom Parteitag den Auftrag, ihm den Ausdruck herzlicher Freundschaft und die besten Wünsche auf rasche Wiederherstellung zu übermitteln.

Es folgen eine Reihe Begrüßungsansprachen. Als Erster nimmt, herzlich empfangen,

Dr. Renner-Wien

das Wort. Er gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Einigkeit der sozialistischen Partei Deutschlands wieder hergestellt ist. Die Aufrichtung der deutschen Republik ist ein dauerndes Ruhmesblatt der deutschen Arbeiterklasse. Die Gegner wollten die junge deutsche Republik vernichten. Das konnten sie nicht. So haben sie vorgezogen, sie zu stehlen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Die Republik, die Ihr geschaffen habt, wird jetzt von Junkern, alten Bureaukraten und Generälen regiert. Aber das war nur möglich in einer Zeit geistiger Verwirrung. Es ist Sache des Parteitages, dafür zu sorgen, daß diese geistige Verwirrung bald verschwindet. (Sehr gut!) Die Republik von Weimar gehört dem arbeitenden Volke Deutschlands. (Lebhafte Zustimmung.) Uns ist es ganz ähnlich gegangen. Man hat uns geflucht und als Verräter beschimpft, daß wir den Frieden geschlossen und mit dem Feind verhandelt haben, aber nachdem wir das getan haben, was notwendig war, kam Herr Seipel und schrieb das auf seine Rechnung. Jetzt haben wir eine reaktionäre Regierung, ganz wie Ihr. Aber auch wir haben uns geschworen, die Republik die wir geschaffen haben, unserem arbeitenden Volke zurückzuerobern. (Bravo!) Alles, was Ihr beschließt, hat auch unmittelbare Bedeutung für uns.

Wir sind nur ein Teil von Euch.

wollen nicht mehr sein und werden die Stunde begrüßen, wo wir nicht mehr als Gäste zu reden brauchen, sondern wo wir in völliger staatlicher und politischer Gemeinsamkeit für die großen Ziele des arbeitenden Volkes kämpfen und siegen werden. (Stürmischer Beifall.)

Diamand-Polen:

Die polnische Sozialdemokratie hat mit ihrer Delegation einen politischen Akt bezwecken wollen. Die Verhältnisse zwischen der deutschen und der polnischen Republik sind gespannt, aber nur durch den Willen der Herrschenden und einer zum Haß hetzenden Presse auf beiden Seiten. (Sehr wahr! Diese Durchsetzung der Luft mit dem Gift des Hasses ist eine Seuche, die wir in allen Ländern bekämpfen müssen. (Bravo!) Die ganze Hoffnung der Welt beruht auf der Demokratie, auf dem Sozialismus. Der Haß ist die Idee der niedergehenden Klasse des Kapitalismus, die Idee der Liebe ist der Sozialismus. (Bravo!) Wir erstreben eine engere Vereinigung der Völker, vor allem Europas, zu einem Volk von Brüdern! (Bravo!) Die deutsche Sozialdemokratie hat immer eine außerordentliche Bedeutung für die Entwicklung des Sozialismus in der Welt gehabt. Aus ihrer Mitte hat der wissenschaftliche Sozialismus seine hervorragendsten Vertreter erhalten. Mit den veränderten Verhältnissen hat sich auch die Stellung der Sozialisten zu der Regierung geändert. Bei der Aufstellung von Programmen sind wir heute beschränkt durch die direkte oder indirekte Teilnahme von Sozialisten an den Regierungen. Wenn Ihr Euer Programm neu gestaltet, so arbeitet Ihr für die ganze sozialistische Welt. Hoch die Internationale! Hoch die deutsche Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Ekkelaers-Belgien:

Die auch bei uns zum Teil aufflammende Kriegshetze findet in in unserer Arbeiterschaft keinen Boden. (Bravo!) Die Ruhrbesetzung kam gegen unseren Willen, und wir hoffen, daß auch alle anderen Besetzungen jetzt bald der Vergangenheit angehören werden. Das Vergangene darf uns nicht entzweien. Wir müssen den Krieg vernichten oder wir werden vom Krieg vernichtet. Ueber den Nationalgesängen aller einzelnen Länder muß die Internationale stehen. (Lebhafte Zustimmung.) An der belgisch-deutschen Grenze ist ein Uebereinkommen getroffen, daß tolle Hunde von beiden Seiten aus unschädlich gemacht werden sollen. So müssen wir uns auch vereinigen, um den wütenden Hund Imperialismus unschädlich zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Barwy-Rußland:

Ich begrüße Euren Kongreß in Eberts Geburtsstadt im Namen der verfolgten Sozialdemokraten Rußlands. Mit Freude und Stolz sehen wir den erneuten Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie. Er ist eine Vorbedingung für den Wiederaufbau der gesamten Internationale. (Bravo!)

Dr. Franz Soukup-Prag:

Wir tschechischen Sozialdemokraten fühlen uns als nächste Nachbarpartei der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben gemeinsame Aufgaben zu lösen in diesem zentralen Europa, in dem vulkanische Kräfte die alte Gesellschaft erschüttern. Wir fühlen die gleiche Verantwortung gegenüber der Republik, gegenüber der

---

Ob Astern auch und Georginen —

Von Pewe.

Noch gehen die Tage auf in Blau und Gold, und um das Abendläuten ist Schwalbenflug und Träumen in selige Dämmerung. Voll atmet die Erde, reifend quellen die Früchte im satten Laub, farbenfroh und mit flatternden Bändern feiert sich die Erde laut und beglückt. O, fließende, schwere und erfüllte Zeit! O, Rausch köstlichster Erdverbundenheit, gelösten Seins! Schönes Fluidum selbstlosen Gebens, tiefstes Opfer, jäheste Hingabe . . . das ist der Herbst!

Ein lächelnder Knabe, mit Weinlaub bekränzt und mit verspäteten Rosen im Haar, unendlich spendend aus den dunklen Schalen der Erde. Symbol der Allgüte, ja: der Sinn des Lebens. Das Leben überhaupt.

Herbst: das ist Verströmen gesammelter Kraft. Das ist Tod des Sommers in blutender, leuchtender Schönheit. Ist grandioser Verfall. Ende; Sterben. Sterben, das zugleich Wiederauferstehen heißt. Denn jedes Blatt, das fahl und müde zu Boden taumelt, es hinterläßt am Zweige seine Wiederkehr und ist noch im Verwesen Kraft und Stoff zu neuem Wuchs. So schließt sich hier der Kreislauf aller Dinge, so fließt es auf und nieder, schön, harmonisch, ewig . . . . .

*

Dein bitteres Lächeln, Freund, fällt über mich her. Dennoch: wir wollen uns nicht zu den Spöttern setzen! Wir wollen nicht die letzte Aster zerknüllen und nicht unser Herz von der Menge der Indifferenten zertreten lassen. Wohl wissen wir um das dumpfe Keuchen der Millionen, die die beladenen Wagen des Herbstes denen in die Scheuern fahren müssen, die am wenigsten zum Ertrag beigetragen haben — wohl brennt uns der stumme Schrei der Elenden, Gequälten und Armen in den Ohren, die lebenslang nur die bunten Wimpel des Herbstes wehen sehen, aber nie teilhaben am Feste — wohl, selber eingespannt in den Rhythmus menschenmordenden Werkeins, fühlen wir den Widersinn dieses Daseins, das Phantasten schön und Lügner ein Leben nennen; aber während draußen die Farben ineinander brennen, der Herbst sich mit vollen Händen ausgibt, weiten sich unsere Hoffnungsträume, und im Glühen eines sanften Stolzes erkennen wir klar und bestimmt: daß einst uns die Tage blau und golden grüßen werden und ein Herbst, ein Früchtetragen, sein wird, und daß wir dann im unendlichen Segen stehen, lachelnden Angesichts, Befreite und Erlöste, Starke und Strahlende durch die Kraft unserer Idee.

Ob Astern auch und Georginen — — noch ist für uns Sommer, Freund, da es zu wirken gilt und zu reifen.

Vorträge. Adolf Koch spricht am Montag im Harckeisaal (Straße in den Zellen am Brandenburger Tor) über „Freie Liebe oder Zwangsehe". **Beginn pünktlich 8½ Uhr abends. Für arbeitslose Genossen freier Eintritt.**

Der Trugschluß des Taylorismus. Der ungeheure Aufschwung der amerikanischen Industrie, die ungeachtet der Tatsache, daß sie die höchsten Löhne der Welt zahlt, dennoch auf fast allen Märkten konkurrenzfähig bleibt, beruht zum größten Teil auf dem Prinzip des Taylorismus, das von F. W. Taylor (1856 bis 1915) stammt und das er unter dem Namen: wissenschaftlicher Betriebsführung, der Welt „schenkte". Die erste Frucht dieses „Geschenkes" war die gewaltige Leistungssteigerung der amerikanischen Industrie, während es sich erst später herausstellte, daß der Taylorismus vom sozialpolitischen Standpunkt aus gesehen, und in seinen mittelbaren Folgen auch wirtschaftspolitisch ein wahres Danaergeschenk bedeutete. Je mehr das System durchorganisiert wurde, um so mehr degradierte es den Menschen, den Arbeiter zur Maschine. Die Maschinenteile des menschlichen Organismus: die Muskulatur, aber ist ein Teil eines harmonischen Ganzen und wird durch die Prinzipien des Taylorismus in einer außerordentlich ungesunden, ja, tödlichen Weise hypertrophiert. Es ist unmöglich, ohne schwerste Schädigung für den Gesamtorganismus eine oder einige wenige Muskelgruppen zu absolut einseitiger (maschinenteilartiger) Arbeit heranzuziehen.

Die Vollendung und den sorgfältigsten Ausbau hat der Taylorismus in den Betrieben Henry Fords gefunden und schon ist teilweise der Begriff des Taylorismus in dem der „Fordisierung" übergegangen. Kaum einer von den Tausenden, die gelegentlich erfahren, daß die Arbeiter Fords die bestbezahlten unter den hochbezahlten Arbeitern Amerikas sind, erfährt zugleich auch, daß diese Arbeiter die Tätigkeit „am Band" bei Ford meist nur einige Monate, selten ein ganzes Jahr lang aushalten. Dann wandern sie ab in andere Industrien, „erholen" sich einige Zeit und gehen dann wieder für kurze Zeit zu Ford. Einige solche Kampagnen, und der Arbeiter ist ruiniert, verbraucht und fällt der (mangelhaften) sozialen Fürsorge zur Last, denn der Lebensstandard, an den der amerikanische Arbeiter sich gewöhnt hat, erlaubt ihm keineswegs, von dem hohen Lohn der kurzen Arbeitsperiode genügend zurückzulegen für die lange Zeit seiner Ganz- oder Halbinvalidität.

Die Werbezirk im „Trianon-Theater". Frauen haben keinen Humor, sagt die allzu eilfertige Männerkritik. Wenn man Gisela Werbezirk erlebt, ist man anderer Ansicht. Diese Frau mit dem merkwürdigen Namen, die aus Wien zu uns kommt, ist nicht bloß die Darstellerin komischer Frauenrollen, in ihr sprudelt wirklich eine Quelle der Humorigkeit. Man sagt mir, daß diese ihre Eigenart in anderen Stücken noch besser herauskommt als in „Epsteins Witwe", einem Wiener Jargonschwank von der auch bessere Ware liefernden Firma Gebr. Golz. Das Stück ist offenbar nur der Titelrolle wegen da, und so schwach es sein mag, es gibt der Werbezirk Gelegenheit genug, ihre Besonderheit zu zeigen. Also sie gibt uns eine jüdische Witwe mit einer heiratsfähigen Tochter. Sie handelt mit Antiquitäten und hat ihre Wohnung in einen Laden verwandelt, da jedes Stück verkäuflich ist und einen Preiszettel trägt. Aber sie ist nicht bloß Geschäftsfrau, sie ist, wie sie mit Stolz sagt, die Moll Epstein, robust und sägesprudelnd, handfest und bereit, einen unliebsamen Kunden die Treppe hinabzubefördern. Sie ist ein Original auch in der Kleidung, solchen Aufputz trägt nur sie. Aber unter der derben Aeußerlichkeit ist ein weiches Gemüt verborgen. Sie ist bereit, als ein windiger Graf sie wegen einer angeblichen Erbschaft umwirbt, noch einmal — etwas verschämt — das Joch der Ehe auf sich zu nehmen. Sie ist trotz allem Aufrumpfen gutmütig, ja sogar etwas töricht-verdattert. Und das ist eben das Humorige, wie sie die Dinge erst ernst nimmt und dann, als die Erbschaft zerflattert und sie dafür einen armen Schwager auf den Hals bekommt, sich auch so damit abfindet — ebenso wie sie einen Prozeßgegner zum Schwiegersohn nimmt. Sie ist in allem Komischen vollsaftig — und hinter dieser Bravour. Mit ihr auf gleicher Linie bewegte sich nur Fritz Strehlen, der einen ulkig-kölpischen jüdischen Rechtsanwalt mit allen Finessen seiner Charakterisierung ausstattet. Die Nebenfiguren paßten größtenteils nicht in das Wiener Milieu. —r.

Die Tagung der Neuen Deutschen Dantegesellschaft, die gegenwärtig ihr zehnjähriges Bestehen feiert, führte Sonntag in Weimar ein großes literarisch interessiertes Publikum zusammen. Das Erscheinen des italienischen Botschafters de Bosdari wurde von der Versammlung besonders lebhaft begrüßt. Nach einer Begrüßungsansprache des Präsidenten, der einen geschichtlichen Rückblick auf die vor 100 Jahren in Deutschland aufgenommene Dantepflege unter besonderer Erwähnung der Verdienste August Wilhelm Schlegels und Schellings gab, hielt der Danteforscher und -übersetzer Dr. Karl Federn den Festvortrag über das Thema: „Dantes Vita Nuova im Spiegel unserer Zeit".

Im weiteren Verlauf der Tagung nahm auch Botschafter Graf de Bosdari das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst betonte, daß er es sich zur Ehre anrechne, in der Stadt zweier Danie so verwandter Dichter sprechen zu dürfen, und weiter erklärte, der Eindruck, den er bei seinem erstmaligen Besuch im Goethe- und im Schillerhause empfangen habe, werde ein dauernder bleiben. Dante, dessen Werk diese Tagung gelte, gleiche dem gefesselten Prometheus. Wie dieser in der Mythologie der Antike das Erlösungswerk vollbringe, so sei Dante der Verkünder des christlichen Erlösungswerks. Während von der Antike bis in die neuere Zeit (Klopstock, Milton usw.) die Gottheit anthropomorphisch dargestellt worden seien, habe Dante als erster die Gottheit geistig zu schauen und darzustellen vermocht. Graf de Bosdari erntete für seinen Vortrag lebhaften Beifall.

Die Arbeitsgemeinschaften der Volksbühne veranstalten am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Rittersaal der Kroll-Oper einen künstlerischen Werbeabend. Mitwirkende: Frau Rose Liechtenstein, der Junge Chor, Fritz Schulz. Eintritt frei.

Die städtische Deputation für Kunst und Bildungswesen hat beschlossen, einen von England geäußerten Wunsch zu erfüllen und das Menzelsche Bild „Kreuzberglandschaft" der „Internationalen Kunstausstellung, die im Oktober d. J. in London stattfindet, leihweise zu überlassen. Das Bild gehört zum Bestand des Märkischen Museums in Berlin.

Theaterchronik. Am Mittwoch findet im Theater am Schiffbauerdamm (bisher Neues Operettenhaus) die Erstaufführung des Lustspiels „Lady Fanny und die Dienstbotenfrage" von Jerome K. Jerome statt. Mit dieser Erstaufführung beginnt Tilla Durieux ihre Tätigkeit an den Saltenburg-Bühnen.

Demokratie, gegenüber der Arbeiterklasse und gegenüber dem Sozialismus. Bei der fünfzigjährigen Gründungsfeier der Internationale standen wir in London am Grabe Karl Marx', wenige Wochen später in Berlin an der Bahre Friedrich Eberts. Der Weg vom exilierten Marx zum ersten Präsidenten Deutschlands aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter ist der triumphale Aufstieg der geschichtslosen Klasse des Proletariats, ist der Sieg der deutschen Arbeiter und der gesamten Internationale. Auf den deutschen Parteitagen hören wir den eisernen Schritt der Weltgeschichte. Es lebe die große deutsche Sozialdemokratie auf ihrem Wege zum Siege der gesamten arbeitenden Menschheit! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Karl Heller-Teplitz

begrüßt den Parteitag namens der drei Millionen deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei: Wir führen den gleichen Kampf gegen Völkische und Kommunisten und den gleichen Kampf um die Schule; denn man hat uns im letzten Jahre tausende deutscher Volksschulklassen gesperrt. Die Geschichte hat uns zwar auf einen anderen Boden gestellt. Aber wir fühlen uns in Schicksalsgemeinschaft mit Euch verbunden. Grenzen können Staaten trennen, aber nicht Herzen. Unsere Herzen schlagen gleich mit den Herzen der deutschen Arbeiter im Reiche. (Lebhafte Zustimmung.)

Alexander Tropper-Budapest:

Wir nehmen mit Freude die seit dem Kriege unterbrochenen freundschaftlichen Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie wieder auf, deren Schüler wir sind. Nach dem mißglückten Experiment mit dem Bolschewismus müssen wir erneut von Euch lernen. Trotz aller Greuel des weißen Terrors sind wir wieder eine treue und kampffähige Truppe des internationalen Proletariats. Der Glaube an den Sieg des Sozialismus ist in uns nie erschüttert worden. (Bravo!)

Dr. Szende-Wien

— der Finanzminister im Revolutionskabinett Karolyi — begrüßt den Parteitag namens der ungarischen Emigranten. Nie gab es in Ungarn so viele Majestätsbeleidigungsprozesse wie jetzt, wo wir gar keinen König mehr haben; nie so viel Bewaffnete und so viel Militär als jetzt nach der Entwaffnung durch den Friedensvertrag, und niemals waren die Arbeiter Ungarns so rechtlos wie jetzt. Aber im Zusammenhang mit der sozialistischen Bewegung ganz Europas werden wir auch Ungarn befreien. (Beifall.)

Achmeteli-Georgien:

Im Vergleich zu dem jetzigen Regime in Georgien waren die deutschen Zustände unter dem Sozialistengesetz paradiesisch. Aber trotzdem in Georgien Häscher regieren, haben wir 18 000 treue Parteimitglieder und kämpfen weiter für den Tag der Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

Als Letzter der ausländischen Vertreter erhielt Genosse

Nielsen-Dänemark:

das Wort, vom Parteitag mit stürmischem Beifall empfangen: Es ist sehr schön für einen Dänen, nach Deutschland zu kommen. In Dänemark heißen alle Leute Nielsen, Petersen oder Hansen, und niemand kennt einen. Aber in Deutschland nennt man mich den Kindervater. (Heitere Zustimmung.) Das ist übertrieben, ich bin nicht der Vater aller dieser Kinder. Die Familie wäre etwas zu zahlreich. (Heiterkeit.) Trotz der Aussperrung in Dänemark, die erst spät im Sommer endete, haben auch in diesen Ferien 1200 dänische Familien es durchgesetzt, deutsche Kinder in Pflege zu nehmen. So muß sich die proletarische Brüderlichkeit über die ganze Welt verbreiten. Nun muß ich aber endlich an die offizielle Begrüßungsrede herangehen, also beste Grüße von der dänischen Sozialdemokratie. (Der Redner wird mit Beifall überschüttet, es wird ihm ein Blumenstrauß überreicht.)

Herzliche Dankesworte Wels' an die Vertreter der ausländischen Bruderparteien beschlossen die Eröffnungssitzung.

Die heutige Tagung.

Heidelberg, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Verhandlungstag wird unter zahlreicher Beteiligung um 9¼ Uhr von dem Genossen Wels eröffnet. Wels verliest zunächst ein Begrüßungstelegramm des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das vom Parteitag mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird und gedenkt nachträglich des verstorbenen Genossen Helling, der sich als Organisator der Kleinbauernbewegung ein großes Verdienst um die Partei erworben habe. Der Parteitag tritt dann in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung, „Bericht des Parteivorstandes", ein. Wels teilt hierzu mit, daß die Aussprache über den Sachsenkonflikt mit diesem Punkt der Tagesordnung so erledigt werden soll, daß ein Vertreter der sächsischen Organisation und ein Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion das Wort in der Debatte erhalten wird. Die Redezeit wird für sie auf eine Stunde festgesetzt. Dann soll die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden. Der Parteitag billigt diesen Vorschlag einstimmig.

Dann erhält das Wort der Berichterstatter

Johannes Stelling.

In einer Epoche der weltpolitischen und wirtschaftlichen Gärung bildet die letzte Periode nur einen kurzen Abschnitt. Dank der Politik der Sozialdemokratie sind wir auf dem Wege der Befriedung Europas ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Der Garantiepakt soll die Bahn ebnen für ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich. Daß hierbei auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in einer alle befriedigenden Weise gelöst wird, ist auch unser Wunsch. Die Sicherung des Weltfriedens ist die Voraussetzung dafür, daß wir auch wirtschaftlich wieder vorankommen. Die Wirtschaftskrise in Deutschland muß sich um so unheilvoller auswirken, als die herrschende reaktionäre Politik eng verbunden ist mit den Profitinteressen der Kapitalisten und Agrarier. Zollwucher und Steuerpolitik zeigen das nur zu deutlich. Die Konzentration des Großkapitals nimmt entsprechend der Prophezeiung Marx' immer mehr zu. Dabei zeigt sich auch, daß nicht diejenigen die wahren Klassenkämpfer sind, die das Wort ständig mit leuchtender Schrift in ihrem Schilde führen. Der ist vielmehr der beste Klassenkämpfer, der im entscheidenden Moment in dem Kampf der Arbeiterklasse seinen Mann steht. (Sehr wahr!)

Unsere Taktik ist nur ein Fortschreiten auf der Bahn, die wir seit Jahrzehnten verfolgt haben, die uns groß und stark gemacht hat und die uns den endlichen Sieg verbürgt.

Darüber sollten sich auch unsere radikalen Genossen klar sein, daß wir nur vorwärts kommen, wenn wir die Dinge so ansehen, wie sie sind. Daß das leider nicht immer der Fall ist, beweisen einige dem Parteitag vorliegende Anträge, z. B. ein Antrag von Frankfurt a. M., nach dem in den Parteivorstand nur Genossen gewählt werden, die noch Fühlung mit den Arbeitermassen haben und deren Vertrauen besitzen. ((Hört, hört!) Warum müßt Ihr Frankfurter, die Ihr doch ganz liebe und gute Genossen seid, Euch auch auf diesem Parteitag wieder blamieren! Auf dem vorigen Parteitag geschah dies mit Eurem Antrag auf Ausschluß des Genossen Ebert. Ich hatte gehofft, daß die Abreibung, die Ihr damals bekommen habt, helfen würde und daß in Zukunft nur noch vernünftige Anträge aus Frankfurt kommen würden, die von dem nötigen Verantwortungsgefühl zeugen. Leider habe ich mich getäuscht. Der Antrag geht von einer ganz falschen Voraussetzung aus. Er will die Grundlagen für einen neuen Aufstieg der Partei, aber ist denn die Partei im Abbau und Abstieg begriffen? (Sehr gut!) Man wird auf den Mitgliederrückgang hinweisen. Aber Parteigenossen, die in der Bewegung stehen, müßten doch wissen, daß wir in einer Periode der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit standen, daß die Inflation noch nachwirkte, daß die Genossen durch die Wahlen stark in Anspruch genommen waren.

Bei den drei großen Wahlkämpfen des Jahres steigerten wir unsere Stimmenzahl von 20 auf 26 und auf 29 Proz.

Wäre es nicht besser, die Frankfurter hätten offen und ehrlich gesagt, daß ihnen die ganze Richtung nicht paßt? Vielleicht hätten sie auch hinzufügen können, was man anderswo gelegentlich liebenswürdig bemerkte, die alten Herren im Parteivorstand sind verkalkt. (Heiterkeit.)

Wie wirken solche Anträge für die Partei, der doch auch die Antragsteller dienen wollen! Das kommunistische Organ in Frankfurt hat an Hand des Antrages „mit Genugtuung" festgestellt, daß der Parteivorstand nach den eigenen Angaben der sozialdemokratischen Arbeiter keine Fühlung mit den Arbeitern und kein Vertrauen bei ihnen hätte; aber durch den Antrag würden die Schädlinge nicht beseitigt und die Sozialdemokratie nicht gerettet. Genau so hatte die bürgerliche Presse Frankfurts auch ihre helle Freude an diesem Antrag.

Es ist Zeit, daß der Teil der Frankfurter Arbeiterschaft, der die Organisation in zäher Kleinarbeit aufgebaut, die „Parteiretter" auf den rechten Weg zurückführt. Der rechte Weg ist echte Kameradschaftlichkeit und volles Verantwortlichkeitsgefühl.

Daran hat es auch sonst manchmal gefehlt. Ich denke an den Magdeburger Prozeß und was damit zusammenhängt. Unser Freund Ebert würde heute wieder unter uns weilen, wenn nicht diese Wölfe durch ihre schmähliche und schmutzige Kampfesweise seine Gesundheit untergraben hätten. Auch die Barmathetze war ein Instrument der Reichspräsidentenwahl. Aber gewisse Parteigenossen haben manches liebe Mal vergessen, was eigentlich die Hetze beabsichtigte. Für manchen Parteiredakteur schien das Material, das sich die Gegner unter Mißachtung alles dessen, was anständig ist, beschafft hatten, ein gefundenes Fressen, um es gegen einzelne Parteigenossen auszuschlachten. Ich frage Sie: Hat man dabei wirklich immer das Interesse der Partei in den Vordergrund gestellt oder nicht? Man mußte, daß ein Prüfungsausschuß der Partei eingesetzt war und nichts verheimlicht werden konnte. Trotzdem diese Angriffe in der Presse! Diese Genossen sollten sich wenigstens einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob ihr Verhalten richtig war und wenn sie ehrlich und objektiv mit sich selbst zu Rate gehen, werden sie ihre Fehler einsehen und in Zukunft das Interesse der Arbeiterbewegung bei ihren Anträgen voranstellen. Der Antrag Nr. 214 des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission, der gewählten Körperschaften, Parteigenossen die Annahme von Aufsichtsratsposten zu untersagen, ist grundsätzlich in der ersten Sitzung dieser Körperschaften beschlossen worden, die sich mit diesen Fragen befaßt haben.

Hätte der Geist der Kameradschaftlichkeit auch alle sächsischen Genossen beherrscht, so hätte der Sachsenkonflikt unmöglich die Formen annehmen können, die er heute hat.

Der Vorstandsbericht schildert ganz objektiv chronologisch Entstehung und Verlauf des Konflikts. Entsprungen ist der Streit aus der Frage unserer Beteiligung an Koalitionsregierungen. Ein Begrüßungsartikel eines sächsischen Parteiblattes fand, daß diese Auffassung die Kernfrage des Parteitages sein müsse. Im Gegenteil werden wir darüber sehr wenig zu reden haben, weil die übergroße Mehrzahl der Partei einig ist, daß wir die Koalitionsfrage praktisch von Fall zu Fall entscheiden und grundsätzlich das Zusammengehen mit den uns näherstehenden bürgerlichen Parteien zur Erreichung bestimmter politischer Ziele gestatten. Das haben uns die harten, nackten Tatsachen gelehrt, insbesondere Preußen. Hätten wir noch ein einiges und freies Deutsches Reich, wenn nicht Braun und Severing — und früher Severing mit ihnen — von hoher Warte aus darüber gewacht hätten?

Ueber den Sachsenkonflikt hat der Parteivorstand ganze Bündel Akten, die mehr Schriftstücke enthalten als der neue Zolltarif Positionen. (Heiterkeit.) Es wäre besser, wenn man sich stets gegenwärtig gehalten hätte, daß, wer im Rahmen der Grundsätze des Parteiprogramms seiner Auffassung Raum gibt, damit der Partei dient. Man macht dem Parteivorstand zum Vorwurf, daß er mit rauher Hand in die Entwicklung des Sachsenkonfliktes eingegriffen habe, als damals der militärische Einmarsch in Sachsen erfolgte. Aber der Parteivorstand mußte damals verhüten, daß auch noch Sachsen völlig in die Hände der Reaktion fiel. Dann mußte der Parteivorstand in Sachsen die Politik stützen, die entsprechend dem Beschlusse des Reichsparteitages von Berlin von den Genossen der Fraktionsmehrheit betrieben wurde. Diese Genossen haben sich in ihrer großen Linie gebunden gefühlt und fühlen können durch den Parteivorstand. Es ist bedauerlich genug, daß es zur Spaltung der Fraktion kommen mußte, daß die Einigungsvorschläge, die in der Kommission unter Vorsitz von Heilmann gemacht wurden, nicht zum Ziele führten. Wenn der Parteivorstand sich damals hinter die 23 Genossen gestellt hat, so deshalb, weil auch er überzeugt war, daß das Abkommen, das in den Dresdener Verhandlungen getroffen war, nicht in allen seinen Teilen durchzuführen war. Aber es trifft nicht zu, daß der Parteivorstand mit den 23 durch Dick und Dünn gegangen sei. Wir müssen es ablehnen und haben es abgelehnt, jede einzelne Handlung der 23 Genossen zu billigen.

Unsere Bemühungen gingen immer wieder auf eine Einigung in Sachsen hinaus.

Nachdem unsere Vorschläge abgelehnt waren, haben wir die Organisationsleitungen ersucht, uns Vorschläge zu machen. Sie haben Vorschläge gemacht, die bei der damaligen Situation nicht durchführbar waren. Dann haben wir selbst den Vorschlag gemacht, daß durch eine paritätische Kommission unter völliger Ausschaltung des Parteivorstandes ein außersächsisches Schiedsgericht eingesetzt werde, um endgültig den Streit zu schlichten. Die Fraktionsmehrheit hat dem zugestimmt, die Fraktionsminderheit hat den Vorschlag abgelehnt. Wir sind überzeugt, daß, wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, wir uns heute mit dem Sachsenkonflikt nicht mehr zu beschäftigen brauchten. Weiterhin haben wir alles getan, um zunächst schnell zur Erledigung der Ausschlußanträge zu kommen. Als wir von einem Bezirk monatelang die Akten nicht erhielten, griffen wir ein und sagten, die Entscheidung müsse jetzt einem Schiedsgericht überlassen werden. In zwei Fällen haben die Vertreter der Organisation es abgelehnt, sich an einem Schiedsgericht weiter zu beteiligen. Das widerspricht dem klaren Wortlaut des Organisationsstatuts und darf nicht Gewohnheit in der Partei werden.

Wir gingen bei unserem Vorschlag, einen Vorsitzenden zu bestimmen, davon aus, daß es sich bei allen Fällen ziemlich um die gleiche Sache handle. Die Vorwürfe, die gegen Genossen Deist, der als Vorsitzender fungierte, erhoben worden sind, muß ich aufs Entschiedenste zurückweisen. Er hat nach bestem Wissen und Gewissen und auf Grund des Organisationsstatuts gehandelt. Wir haben uns bei unserer Ausschlußpraxis auf das gestützt, was seit Jahrzehnten in der Partei üblich war und sich bewährt hat. Zuletzt haben wir, um die Sache zur Erledigung zu bringen, einmütig im Parteivorstand die Auffassung geteilt, daß der sächsische Landtag möglichst rasch zur Auflösung gebracht werden müsse, um so den Sachsenkonflikt langsam abzubauen. Vorbedingung dieses Vorschlages war allerdings die Erledigung der Ausschlußverfahren. Leider hat unser Vorschlag nicht die Billigung der sächsischen Fraktionsmehrheit gefunden. Es ist bedauerlich, daß man sich bei den Verhandlungen auf beiden Seiten von vornherein festgelegt hat. Diese Praxis darf nicht übertragen werden auf die Kommissionsverhandlungen hier, sonst können wir nicht zu einer Lösung des Konfliktes kommen. Wir müssen frei und ungebunden in die Kommission gehen, ohne Bindung durch vorherige Sonderkonferenzen.

Wie wird die Lösung zu suchen sein?

Die einen sind sehr schnell fertig mit dem Urteil: die 23 sind Disziplinbrecher und infolgedessen auszuschließen. So kann man aber einen tiefgreifenden Konflikt nicht lösen. Dadurch würde man das Feuer nicht löschen, sondern wieder aufflackern lassen. Wir müssen uns also auf den Boden des Antrages stellen, den der Parteivorstand in seiner Entscheidung vom 3. Juni eingenommen hat, daß zunächst solange an Landtagsauflösung nicht gedacht werden kann, als ein gemeinsames Arbeiten innerhalb der Fraktion nicht möglich ist. Dann aber so rasch als möglich Auflösung des Landtages und Klarheit darüber, daß im gleichen Augenblick die Ausschließungen zurückgenommen und ohne Bindung der Organisationen die Aufstellung der Kandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen vorgenommen werden müssen. Es muß alles vermieden werden, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob es in diesem Kampf Sieger oder Besiegte gäbe. Nur treuer, kameradschaftlicher Geist kann uns bei den Kommissionsberatungen über den Konflikt hinwegbringen.

Nun zu einer anderen Frage: Man hat die Haltung des Parteivorstandes

bei der zweiten Präsidentenwahl

kritisiert. Es handelt sich dabei lediglich darum, der Republik zu dienen. Wir wollten mit unserer Taktik beim zweiten Wahlgang verhindern, daß ein verkappter oder offener Monarchist, wie es jetzt der Fall ist, den Platz Friedrich Eberts einnimmt. Die Taktik war, das zu verhindern, was jetzt geschehen ist. Diese Taktik ist leider nicht überall befolgt worden. Einige Parteiblätter haben so getan, als ob es keine Präsidentenwahl gäbe. Das darf in der Folgezeit unter keinen Umständen mehr geschehen; die Parolen des Parteivorstandes müssen unbedingt befolgt werden. Gegen die Parole der Partei, für Marx einzutreten, ist auch Sturm gelaufen von dem Nelson-Bund, einer Sekte, die insbesondere in Göttingen ihren Sitz hat und unter der Jugend arbeitet. Dieser Nelson-Bund hat nicht begriffen, was Demokratie und Sozialismus ist; was er lehrt, ist das Gegenteil von Marxismus. Der Nelson-Bund hat den Versuch gemacht, eine Organisation innerhalb der Organisation aufzuziehen und besonders in Göttingen eine Tätigkeit zu entfalten, die durchaus nicht im Interesse der Partei liegt. Wo der Nelson-Bund auftaucht, haben die Parteigenossen diesem entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß nach dem Organisationsstatut eine Organisation dieser Art nicht geduldet werden kann.

Auf den katastrophalen Rückgang der Kommunistischen Partei

hat Wels bereits in seiner Eröffnungsrede hingewiesen. Die KPD. versucht jetzt, neue Rußlanddelegationen zustandezubringen. Die Parteigenossen müssen dringend gewarnt werden, sich daran zu beteiligen. Wir sind nicht dazu da, uns Potemkinsche Dörfer vorführen zu lassen und als Staffage für die KPD. zu dienen. Jeder Parteigenosse, der etwas auf sich hält, muß es weit von sich weisen, bei den Rußlanddelegationen ein verkappter Handlanger der Kommunisten zu werden, die den Sieg des „Reiters" herbeigeführt haben, die in Preußen Braun und Severing vorübergehend stürzten, überall sozialdemokratische Beamte abgebaut und die Gewerkschaftsorganisationen zu sprengen versucht haben. Vergessen wir nicht, daß nach dem Zeugnis eines bekannten Führers der Kommunisten „Lug und Betrug, Verschmitztheit und Verschwiegenheit, Schlauheit und List" zu ihren vornehmsten Waffen gehören.

In der nächsten Zeit stehen wieder schwere Kämpfe bevor: in Preußen die Provinzial- und Kreistagswahlen, in Berlin die Stadtverordnetenwahlen, in Baden die Landtagswahl. Da müssen wir auf dem Posten sein und arbeiten und wirken für die Ausbreitung unserer Ideen. Wir müssen uns stets dessen bewußt sein, daß unsere Arbeit der heiligen Sache des Sozialismus dient, der Befreiung der leidenden und unterjochten Menschheit. Darum den Blick voraus und die Stirn empor! (Lebhafter Beifall.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Aus Sylt wird gemeldet . . .

Ministerrat in Berlin am 21. September.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Sonnabend in Berlin wieder eingetroffen, während der Reichskanzler Dr. Luther, der sich anscheinend von den Reizen dieses selten schönen Spätsommers nicht trennen kann, seinen Aufenthalt in Kampen auf Sylt noch um mehrere Tage zu längern gedenkt. Deutschland wird bis dahin von Sylt aus regiert werden; nach Sylt mußte Ministerialdirektor Gaus wandern, um dem Reichskanzler Bericht zu erstatten, von Sylt meldet WTB. die Einberufung eines Ministerrates für Montag, den 21. September der sich mit der Ministerkonferenz beschäftigen soll, und es heißt sogar, daß, in Ermangelung einer einheitlichen und gefügigen Berliner Regierungspresse, das Sylter Lokalblättchen zum offiziösen Organ der Reichskanzlei avancieren soll.

Im Ernst gesprochen: Deutschland bietet gegenwärtig durch die Urlaubstaktik seiner wichtigsten Minister der Welt ein wenig erbauliches Bild. Während die übrigen Staatsmänner Europas eine Konferenz nach der anderen abhalten, um einen von Deutschland gemachten Vorschlag in die Tat umzusetzen und die Modalitäten einer Konferenz mit den Vertretern des Reiches zu besprechen, hält es die Reichsregierung für klug und nützlich, nach außen hin eine gewisse Gleichgültigkeit zu demonstrieren. Natürlich sind diese taktischen Gründe nur innerpolitischer Art. Man will bei den Deutschnationalen den Eindruck der Ueberstürzung vermeiden, um ihnen das Einlenken zu erleichtern.

Die „Deutsche Tageszeitung" ist mit dieser Taktik der Regierung durchaus einverstanden und begrüßt es, daß der Reichskanzler „keine Ueberstürzung an den Tag legt. Wir fürchten im Gegenteil, daß, je später der Schwerpunkt des Reiches von Sylt nach Berlin zurückverlegt wird, und je später das Kabinett und der Auswärtige Ausschuß zusammentreten, um so größer die Ueberstürzung bei den endgültigen Beschlüssen sein wird. Schon jetzt läßt sich durch die erzwungenen Reisen der Herren v. Schubert und Gaus nach Norderney und Sylt der bedauerliche Mangel feststellen, daß die deutsche Presse absolut im unklaren über den Stand der Dinge gelassen wird, auf die Informationen der Londoner, Pariser und Genfer Telegramme angewiesen bleibt, und daß infolgedessen eine wirksame Unterstützung des deutschen Standpunktes durch die Organe der eigenen öffentlichen Meinung unmöglich ist.

Die „Tägliche Rundschau", die als volksparteiliches Organ eigentlich als das Blatt gelten muß, das am nächsten dem Außenminister Stresemann steht, unterstellt uns, daß wir durch unser Verlangen nach Klarheit in der Frage der Haltung der Deutschnationalen zum Sicherheitspakt die Regierungskoalition sprengen und das Ministerium stürzen möchten. Etwas ähnliches hatte bereits die „Kreuz-Zeitung" am Sonnabend behauptet. Das bedeutet eine völlige Verkennung unseres Standpunktes und unserer Ziele: Wir wünschen inbrünstig, daß die Regierungskoalition, so wie sie jetzt ist, den Sicherheitspakt abschließt. Am liebsten würden wir hinter jeden deutschnationalen Minister zwei handfeste Funktionäre unserer Partei stellen, um sie auf ihre Ministersessel niederzuzwingen, falls sie Miene machten, vorzeitig davonzulaufen. Aber wir wünschen zugleich im Interesse des Reiches, daß die Unterhändler Deutschlands auf der kommenden Konferenz eine geschlossene Regierungsfront hinter sich haben. Wir wollen verhindern, daß die deutsche Außenpolitik in den Augen der Welt als unehrlich gilt, weil deutsche Reichsminister im Namen einer Regierungskoalition eine Politik vertreten, die von der stärksten Koalitionspartei zu gleicher Zeit als unannehmbar und sogar landesverräterisch bezeichnet wird.

Eine bessere Rechtfertigung unserer Besorgnisse und unserer Forderung ist übrigens gar nicht denkbar als die Befürchtung der „Täglichen Rundschau", daß eine Klärung bei den Deutschnationalen die Sprengung und den Sturz der Regierung bedeuten könnte.

Der Delegationsschwindel.

Zu dem neuesten kommunistischen Rummel.

Die Rußland-Delegationen werden von der Kommunistischen Partei nicht zu dem Zweck organisiert, um eine wirkliche Kenntnis der russischen Verhältnisse den deutschen Arbeitern zu ermöglichen, sondern um der absterbenden kommunistischen Bewegung in Deutschland noch einmal neues Leben zuzuführen. Wie sehr hinter dieser Arbeit rein kommunistische Parteizwecke stehen, zeigt ein Bericht über die Zusammenkunft der Distriktsleiter der KPD. in Köln, von dem der Genosse Wels in seiner Eröffnungsrede auf dem Heidelberger Parteitag Mitteilung machte. Dieser Bericht lautet wörtlich:

„Auf dem Parteibureau der kommunistischen Parteileitung für den Bezirk „Mittelrhein" wurde in einer Sitzung die Frage der Rußland-Delegation besprochen. Dr. Klepper führte aus, daß in der nächsten Zeit Massenversammlungen veranstaltet werden müßten, in welchem die Rußland-Delegierten ihre Eindrücke zu schildern hätten. **Die Delegation hätte eine Unmenge Geld gekostet, und wenn es nicht gelinge, die Sache in größerem Maße agitatorisch auszunützen, sei die Partei auf Jahre hinaus erledigt.** Die Rußland-Delegierten müssen ein Hauptschlag für die Kommunisten werden, denn man habe damit vieles auf eine Karte gesetzt. Ein Mißlingen könnte einen schweren Rückschlag bedeuten. Die Partei als solche habe einen großen Erfolg vor der Oeffentlichkeit absolut notwendig, da ein solcher schon andauernd von der kommunistischen Presse prophezeit worden sei. **Die Berichte müßten von der Rußland-Delegation der Parteileitung schriftlich eingereicht werden; dort würden dieselben dann sachgemäß ausgearbeitet.** In dieser ausgearbeiteten Form werde dann das Material den Delegierten wieder zugestellt.

Der kommunistische Stadtverordnete Stahl sprach sich in einem Briefe sehr pessimistisch über die Rußland-Delegation aus und verspricht sich von der ganzen Reise nicht viel Erfolg. Die Distriktsleiter waren in der Mehrzahl der Meinung, wenn die Sache richtig angefaßt würde, wäre immerhin noch etwas zu machen."

Damit ist der Charakter der kommunistischen Rußland-Delegationen ganz eindeutig festgelegt. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, was sie von diesem neuen Liebeswerben zu halten haben, das nur der Zerstörung ihrer machtvollen Organisation dienen soll.

Wie sie lügen!

Ein typisches Beispiel dafür, in wie unverschämter Weise die kommunistische Leserschaft belogen wird, bietet die heutige „Rote Fahne". In einem sensationell aufgemachten Bericht aus Chemnitz wird behauptet, in einer am Sonnabend von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufenen öffentlichen Versammlung, in der der russische Genosse Dr. S. Schwarz über den Kommunismus in Deutschland und Rußland referierte, sei eine Resolution der Versammlungsleitung mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden. Das gerade Gegenteil ist der Fall! Mit großer Mehrheit ist vielmehr die von der Versammlungsleitung eingebrachte Resolution angenommen worden, die einen scharfen Protest gegen die kommunistische Diktatur und den Terror in Rußland enthält.

Indiens Erwachen. Das indische Parlament hat mit 72 gegen 45 Stimmen grundlegende Aenderungen der Verfassung verlangt. U. a. Gesamtverantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament mit vorübergehenden Vorbehalten in bezug auf die Armee und die auswärtigen Angelegenheiten.

Warnungen für das Zentrum.

Weitere Entschließungen gegen den Rechtskurs.

Die Stuttgarter Zentrumspartei hat in einer außergewöhnlich stark besuchten Versammlung der Vertrauensleute nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Groß und nach einer sehr lebhaften Debatte folgende Entschließung angenommen:

„Die heutige außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vertrauensleute der Zentrumspartei von Groß-Stuttgart ist darin einig, daß die Geschlossenheit der Partei aus vaterländischen, allgemeinpolitischen, kulturellen und sozialen Gründen unbedingt aufrechtzuerhalten ist.

Die Versammlung erwartet von den maßgebenden Instanzen der Partei die Durchsetzung der Politik mit den christlichen Grundsätzen der Partei.

Die Vertrauensleute erwarten ferner, daß der kommende Reichsparteitag sich bei Behandlung der durch das Vorgehen des Herrn Reichskanzlers a. D. Wirth aufgeworfenen Fragen von diesen alten und bewährten Grundsätzen leiten läßt, und daß er sie im Sinne wahrer christlicher Demokratie entscheidet.

Die Verabschiedung der Zollvorlage betrachtet die Versammlung als eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung und Kräftigung der deutschen Wirtschaft. Die Versammlung erkennt an, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags weitgehende Verbesserungen der Zollvorlage zugunsten der Verbraucher erreicht hat. Sie erkennt weiter an, daß der Tätigkeit der Zentrumsfraktion des Reichstages in erster Linie die begrüßenswerte soziale Ausgestaltung der Steuergesetzgebung zu verdanken ist."

Weiter haben sich die katholischen Arbeitervereine aus Stadt und Land Crefeld mit den jüngsten Vorgängen in der Zentrumspartei befaßt. Sie nahmen eine Entschließung an, in der es heißt:

„Die Probleme, die Dr. Wirth aus Anlaß seines Austritts aus dem Fraktionsverband der Zentrumspartei in den Vordergrund gestellt hat, finden lebhaftes Interesse in der gesamten Arbeiterschaft, denn es handelt sich dabei um die Grundlagen des Volksstaates. Wir sind überzeugt, daß die Zentrumspartei sich bemüht hat, Steuer- und Zollgesetzgebung zu beeinflussen und auch auf sozialpolitischem Gebiete Wege zu finden, um Härten auszumerzen. Aber breite Schichten des Volkes fühlen, daß diese Milderungen in Frage gestellt sind in dem Augenblick, in dem sich der Charakter des Staates ändert. Nicht theoretische Erfolge können uns nützen. Es kommt auf die praktische Auslegung und Durchführung an. Und daß diese bei dem heutigen herrschenden Geist und Regime sich nicht im Interesse der Allgemeinheit auswirken wird, erfüllt einen großen Teil der Zentrumswählerschaft mit banger Sorge. Zu den schon vorhandenen werden noch neue schwere Lasten kommen, die jeden sozialen Erfolg zunichte machen. Der Schritt Dr. Wirths und seine Folgewirkungen sind in erster Linie Sache der Zentrumspartei. Aber bei Regelung und Erledigung dieser Angelegenheit hat die Zentrumspartei darauf zu achten, daß sie die sozial Bedrückten und politisch Bewegten in ihren Reihen behält und nicht von sich stößt. Wir verstehen sehr wohl das Bemühen, ehemalige Freunde aus dem Süden zurückzugewinnen. Es ist aber eine Gefahr für das Se in der Partei, die sozialen und demokratischen Belange der Wählerschaft des Westens in nicht genügendem Maße zu beachten. Wir haben größtes Interesse an einer einheitlichen, geschlossenen Zentrumspartei. Zu bedauern ist es, daß das Vorgehen Dr. Wirths um des Bestandes der Zentrumspartei willen notwendig war. Das Ausscheiden Dr. Wirths aus der Fraktion hat die Oeffentlichkeit derart aufgerüttelt, daß es nicht mehr angeht, diese Angelegenheit in „irgendeinem verschlossenen Raume" auszutragen. Die Gesamte Wählerschaft hat ein Recht darauf, daß in dieser Sache ein auf wirklich demokratischer Grundlage gewählter Parteitag das letzte Wort zu sprechen hat."

Die „Germania", die diese Entschließungen im Wortlaut wiedergibt, veröffentlicht zu gleicher Zeit einen Aufsatz des Reichstagsabg. Joos, der sich in einer sehr ausführlichen Begründung für eine Bereinigung der kritischen Fragen im demokratischen Sinne einsetzt. Der Ruf des Hauptaktionärs der „Germania", v. Papen, nach einer Schwenkung im konservativen Sinne findet mithin im Zentrumslager fast nur Ablehnung.

Hindenburg in Schwerin.

Während sich die Regierung Luther-Stresemann um die Entspannung der Haßatmosphäre über Europa und um einen „Sicherheitspakt" quält, hielten die mecklenburgische Regierung und die hinter ihr stehenden „vaterländischen Verbände" es für richtig, dem Reichspräsidenten in Schwerin einen großen Aufmarsch aller derjenigen vorzuführen, die nichts vom Pakt und vom Völkerfrieden halten, sondern nur eins kennen: Verleumdung und Haß.

Mag sein: Kriegervereine, Stahlhelmbünde und studentische Korporationen sind keine diplomatischen Zirkel, mit der Fähigkeit, ihr Auftreten nach der jeweiligen außenpolitischen Konstellation abzutönen. Sie hören nicht auf die Klarinetten der hohen Politik, sondern auf die große Trommel, den Gleichschritt der Veteranen und den völkischen Krach! Umsomehr hätten die Arrangeure der Schweriner Festivität darauf sehen müssen, daß alles vermieden wird, was aus der mecklenburgischen „Manöverstimmung" heraus einen nationalistischen Rummel größten Stils hätte machen können, dem die Anwesenheit des Reichspräsidenten ein Echo besonderer Art verleiht.

Trotzdem hat man die Kriegerbünde mit ihren antirepublikanischen Emblemen und die „vaterländischen Verbände" aller Couleur in Extrazügen herangeschafft und ohne jegliche Einschränkung durch die Leitung der Veranstaltung samt ihren Standarten und Totenkopffahnen vor dem Reichspräsidenten paradieren lassen.

Die Kämpfe in Marokko.

Stillstand der französischen Offensive.

Paris, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Offensive in Marokko ist, wie der letzte Heeresbericht mitteilt, vorläufig zum Stillstand gekommen. Die französischen Truppen organisieren in dem neu eroberten Gebiet ihre Deckung nach rückwärts. Nach den Darstellungen der Morgenblätter soll der Uebergang der französischen Truppen zur Offensive auch auf anderen Abschnitten der Front bevorstehen.

Antikommunistenkampagne in England. Der Kommandant der Londoner Polizei hat an alle Polizeireviere den Befehl erlassen, gegen die Kommunisten scharf vorzugehen. Er hat zur Festnahme Verdächtiger weitgehende Vollmachten erteilt. „Daily News" veröffentlicht einen angeblich von Sinowjew stammenden Brief, der den Kommunisten die Agitation in Heer und Flotte zur Pflicht macht.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Sikorn; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Soeben erschien im Dietz-Verlage der lang erwartete Band, der die jüngste Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bringt

Richard Seidel

Die Gewerkschaften nach dem Kriege

Preis: In Ganzleinen 6.— Mark

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland seit 1918 dar, beleuchtet die allgemeine Lage der Bewegung, wie sie sich infolge der revolutionären Ereignisse gestaltet hat, und erörtert in einer Reihe von Abhandlungen die infolge der Veränderung der allgemeinen Situation für die Gewerkschaften aufgetauchten Probleme und Aufgaben im einzelnen. Der Verfasser steht im praktischen Leben der Bewegung und gründet seine Darstellung auf die intime Kenntnis der Tatsachen, die sich aus einer unmittelbaren Teilnahme an der Bewegung ergibt.

Zu beziehen durch den Verlag:

J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Beilage des Vorwärts

Die kriminelle Hose.

Wenn das Wetter so schön ist wie am gestrigen Sonntag, wer will es dann einem bereits seit sechs Stunden strohverwitweten Mann verdenken, wenn er ein ehrbares Gelüste verspürt, einmal einen kleinen Ausflug zu machen? Etwa zum Lunapark. Warum denn auch nicht? Vor dem Lunapark ist angeregter Betrieb. Bis zum Sonnabend strömte der Regen, jetzt strömt das Publikum. An der Kasse erhält man einen Zettel. Ein Programm? Ach wo, irgend so einen Reklamezettel! Weg damit und hinein. Innen ist noch regerer Betrieb. Man ergeht sich, man promeniert, man flaniert, man poussiert. So ist das Leben. Es ist die unentrinnbare Macht des Milieus. Man kann nichts dafür.

Merkwürdig sind die Leute im Lunapark, das muß man schon sagen. Fast ein jeder nimmt einen scharf aufs Korn. Man ist sich doch gar nicht bewußt, hypermodern oder salopp einherzuschreiten. Oder sieht einem das ein jeder sofort an, daß man seit 6 Stunden Witwer auf Bewährungsfrist ist? Unsinn natürlich. Aber mögen doch die Leute glotzen. Da ist Musik. Und was für welche. Sehr gute sogar. Ein schneidig gespieltes Carmen-Potpourri. Aber die Menschen sind doch gar zu merkwürdig im Lunapark. Sie gehen um einen so sonderbar herum und schauen und schauen. Also bloß weiter. In einem Restaurant sehen einem plötzlich alle Damen erst in die treuen braunen Augen und dann auf die . . . . . also es muß gesagt werden, sie sehen einem auf die Hosen. Oder auf die Stiefel. Das eine von beiden ist zwar sicher, aber jedes ist unerträglich. Sollte da irgendein Malheur . . . . .? Also schnell mal verschwunden. Am stillen Ort werden Ueberzieher, Rock, Stiefel und Hose abgetan und besichtigt. Die Stiefelsohlen sind ganz und heil. Die Absätze gerade. Die Hosennaht tadellos gebügelt. Kein Knopf ist ab. Keine Naht aufgeplatzt. Kein Dreckspritzer. Keine schiefe Krawatte. Keine Flecken auf der Nase oder Wange. Der Hut sauber. Die Brille ist ganz unauffällig, weder schwarz noch grün noch gelb noch ludendorffblau. Alles ist in Ordnung. Was ist denn los, Leute? Wieder raus.

Kaum ist man zehn Schritte gegangen, kommt ein Herr, mustert einen von unten bis oben und retour, sieht, weiß der Henker, auch auf die Hosen, nickt und steht plötzlich mit finsterem Antlitz vor einem. Wollen Sie gefälligst mal lachen, so daß man Ihre Zähne sieht? — Verrückt, natürlich! denkt man und jagt entsetzt davon. Schon heften sich zwei tadellos gemodete Gentleman von etwa vierzehn Lenzen an die Fersen: „Du, höre ich den einen sagen, du, det is er, det is er bestimmt. Kiek ma, die Hosen. Fischgrätenmuster (wahrhaftig, es stimmte). Un denn die Brille. Un paß uff, jetzt lacht er. Da, er hat rechts oben 'ne Joldplombe (wahrhaftig, es stimmte.) Er is et. Ick laß 'n verhaften." — Teufel, denke ich, jetzt wird es ernst. Hier wird ein Raubmörder gesucht. Aber wie man so als Strohwitwer eben doch immer Glück hat, kommen da ein paar Herren aus Ia vom Alex. „Meine Herren, retten Sie mich. Ich werde beobachtet, verfolgt. Man verwechselt mich mit einem Raubmörder. Man beschuldigt mich unschuldig. Bitte nehmen Sie mich in Schutzhaft." — Die sehen, staunen, erkennen, drehen sich vor Lachen. „Ja," sagt der eine, es „paßt beinahe auf Sie. Sehen Sie, hier ist Ihr Steckbrief. Brille, dunkler Hut, Anzug in Fischgrätenmuster, brauner Mantel, Goldplombe rechts oben. Aber die Krawatte stimmt nicht. Ihre ist nicht blaugrau." Mir wird blau vor den Augen und im Kopfe drehen sich Erbsen im Siebe. „Was ist los, meine Herren? hauche ich zart. „Aber wissen Sie denn nicht? Die Berliner Kriminalpolizei hat heute ihr Fest und hat 1000 M. Belohnung zur Erheiterung des Publikums und zur Förderung seiner kriminellen Zwecke für die Ermittelung von drei steckbrieflich genau bezeichneten Personen ausgelobt. Der einen sehen Sie zwar bis aufs Haar, aber nicht bis auf die Krawatte ähnlich. Ihre Fischgrätenhose wirkt allerdings sehr kriminell. Ein Glück, daß ich meine graublaue Krawatte zuhause gelassen hatte. Wie wohltuend und versöhnlich aber wirkt das, wenn man mit seinen 47 Jahren, wie es der Steckbrief verlangt, für 35 gehalten wird.

*

Das Sommerfest der Kriminalpolizei, das bereits einmal wegen schlechten Wetters abgesagt werden mußte, fand am gestrigen Sonntag, und diesmal bei schönstem Wetter, im Lunapark uner stärkstem Andrang des Publikums statt. Ein Beamtenbläserorchester unter Leitung des Kriminalassistenten Gustav Schmidt (hoffentlich macht es den hart um ihr täglich Brot ringenden Privatmusikern niemals Konkurrenz) spielte ein gutes Programm flott und beschwingt. Ein Streichorchester, das Komponist Josef Snaga leitete, spielte im Terrassensaal. Beide fanden ungeteilten großen Beifall. Das Fest, unter dessen Teilnehmern man Vizepolizeipräsident Dr. Friedensburg und den Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weiß sah, verlief ungetrübt, bis die Polizeistunde ihm ein Ende machte. Mit größter Spannung wurde das Ergebnis des kriminalistischen Preiswettbewerbes erwartet, einer Veranstaltung, wie sie wohl noch nirgends dagewesen ist. Erst gegen 11 Uhr konnte das Ergebnis verkündet werden. 735 Besucher haben sich beteiligt, aber nur fünf hatten alle drei Gesuchten richtig bezeichnet. Die fünf Besucher teilten sich nunmehr in die ausgesetzte Summe von 1000 Mark. Jeder Preisträger erhielt also 200 Mark. Nach Aufruf der Nummern erschienen drei auf dem Podium, die Besucher mit den Nummern 18 818, 23 642 und 25 372. Es waren zwei Damen und ein Herr. Nach Abgabe ihrer Eintrittskarten überreichte ihnen Regierungsdirektor Dr. Weiß die wohlverdiente Belohnung. Eine der Damen war besonders erfreut, weil sie zurzeit stellungslos ist. Sie fragte bescheiden an, ob sie nicht vielleicht bei der Kriminalpolizei beschäftigt werden könnte. Die beiden anderen Preisträger mit den Nummern 23 368 und 24 063 der Eintrittskarte haben sich noch nicht gemeldet. Für sie liegt die Belohnung von je 200 Mark gegen Ueberreichung der numerierten Eintrittskarten beim Kriminalkommissar vom Dienst im Polizeipräsidium bereit.

Eröffnung der Reichsgastwirtsmesse.

Die Befürchtung, daß das Stattfinden von zwei Gastwirtsmessen hintereinander eine geringere Beschickung der Reichsgastwirtsmesse, die gestern in der Autohalle am Kaiserdamm eröffnet wurde, zur Folge haben würde, hat sich nicht erfüllt. Die Messe bot nach zwei Richtungen hin ein Spiegelbild unserer wirtschaftlichen Not: einmal fehlte eine ganze Reihe von Ausstellern, die sonst auf der Gastwirtsmesse zu finden waren, auf der anderen Seite hatten sich Aussteller eingefunden, deren wirtschaftliche Beziehungen zum Gastwirtsgewerbe nur sehr lose sind. Es hatten z. B. Tietz ausgestellt, es war ein Stand von Rudolf Hertzog zu finden, Leineweber war vertreten, Bolle bot in einem wirksam ausgestatteten Stand seine Produkte feil. Daß daneben eine große Anzahl von Firmen ausgestellt hatte, für die das Gastwirtsgewerbe als Abnehmer in Frage kommt, bedarf keines Beweises. Merkwürdigerweise waren z. B. Tabakwaren nur sehr spärlich ausgestellt. Die Messe war sehr übersichtlich angeordnet und die Stände zum allergrößten Teil künstlerisch architektonisch sehr gut aufgebaut. Erwähnenswert ist, daß in den Eröffnungsreden ganz allgemein die Notwendigkeit der Konzentrierung des Berliner Messewesens und die Beseitigung der Zersplitterung zum Ausdruck kam. Besonders das Nahrungsmittelgewerbe hätte alle Veranlassung, in einer einzigen Messe seine Darbietungen zusammenzufassen. Vor Eröffnung der Messe nahm im Namen der Stadt Berlin der Stadtverordnetenvorsteher Genosse Haß zu einer kurzen Begrüßungsansprache das Wort, in der er die hohe Bedeutung des Gastwirtsgewerbes würdigte und der Messe besonders in wirtschaftlicher Hinsicht guten Erfolg wünschte.

Jugendweihe.

Neue Formen bilden sich, steigern sich zur kultischen Handlung, das war der Eindruck, der von der gestrigen Jugendweihe im Großen Schauspielhaus zurückblieb. Die Arbeiterschaft Groß-Berlins öffnet der Jugend symbolisch die Tore, um sie einzureihen in die große Armee der Arbeitenden. Musik, Wort, Sprechchor und Gesang, sie verschwisterten sich, um der Jugend die Bedeutung der Stunde tief einzuprägen. Wundervoll „der Junge Chor" Thiessens in seinen Gesängen, ergreifend die Musik. Die Weiherede des Genossen Kreuziger erfüllt von der Bedeutung der Stunde, melodisch und rhythmisch gegliedert der Florathsche Sprechchor, der Rotheuselders „Es stehn viel Blumen auf der Au" sprach. Es erweckt immer ein tiefes Mitfühlen, wenn die schulentlassene Jugend in die Schar der Kämpfer eingereiht wird. Die Bedeutung dieser Augenblicke kann deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden, schon weil sie im ganzen Leben nachklingen sollen. Deshalb muß der Eindruck noch mehr verstärkt werden, um die jugendlichen Seelen ganz in den Bann zu ziehen. Das Programm litt, so schön jedes im einzelnen war, am manchmal fehlenden starken Zusammenwirken. Eine solche Veranstaltung muß aus einem Guß sein und auch in ihrer Symbolik noch mehr der Jugend entsprechen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Kirche mit ihren Bräuchen schablonisiert wird, statt aus eigenen Quellen zu schöpfen. Sowohl die Rede, soweit man besser nicht eine kurze dichterische Ansprache vorzieht, muß kurz sein, wie auch das Sprechchorwerk aus den Anschauungen der schulentlassenen Jugend seine Kraft saugen und sie dann organisch weiterbilden muß. Eine dramatische Bewegtheit, die Sprechchor, jungen Chor und die zu weihende Jugend zum Ende zusammenführt, würde eine ungeheure Steigerung bedeuten. Doch dies sind Fragen, die, wenn auch nicht sogleich, so doch in nicht allzu ferner Zeit eine Lösung finden werden durch eine Fortentwicklung der verheißungsvollen Anfänge.

Das Hochstaplergenie Blumberg.

Eine seltsame Kundgebung war das, zu der am Sonnabend abend ein Kreis von Betrogenen die Presse in den „Dortmunder Hof" in der Mittelstraße geladen hatte. Und was an den Ohren der staunenden Journalisten vorüberzog, war ein Kolportageroman phantastischster Prägung, der für Komödienschreiber trefflichste Motive in großer Fülle bot. Kurz und gut: Es ist der zur Genüge bekannte „Industrielle" Hermann Blumberg, dessen raffinierte Geschäftstaktik eine ganze Welt in Atem hält. Die Husarenstückchen, die die Kläger ihm im internen Zirkel vorwarfen, muteten wie die gelungensten Episoden aus einem Schauerroman an. Immerhin: in der Empörung neigt man leicht zu Uebertreibungen, und eine gewisse Zurückhaltung auch den Anklagen gegenüber ist zunächst wohl am Platze. Im Februar nächsten Jahres soll der Monstreprozeß gegen Blumberg, der übrigens nach zweimonatiger Untersuchungshaft wieder auf freiem Fuße ist, stattfinden. Er soll übrigens schon wieder frischfröhlich neue Geschäfte tätigen. Dies zur Mahnung an allzu Leichtfertige.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

Am Sonntag nachmittag ist ein älteres Fräulein in der Wassertorstraße 70 bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Feuerwehr wurde gegen 6½ Uhr von Hausbewohnern nach der Brandstelle alarmiert, wo die Wohnung des 75jährigen Fräuleins Henken im 3. Stock in Flammen stand. Fräulein Henken wurde vollständig verkohlt und kaum noch erkennbar in der Küche liegend vorgefunden. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung auf die Wohnung des Fräuleins Selma Henken beschränkt. Die Leiche wurde von der Feuerwehr nach dem Leichenschauhause gebracht. Man vermutet, daß Fräulein Henken beim Kochen oder Anzünden von Spiritus einen Unfall erlitten hat.

Jugendveranstaltungen.

Abt. Moabit 1 und 2. Heute abend 7½ Uhr Vortrag des Genossen Ernst Ruben über „Strafvollstreckung an Jugendlichen" in der katholischen Kirche am Stephanplatz.

Aus der Partei.

Wir erhalten vom Genossen Chajes folgende Zuschrift:

Anläßlich des plötzlichen Hinscheidens meiner Frau sind mir und meinem Schwiegervater Eduard Bernstein so viele tröstliche Beweise aufrichtiger Teilnahme gerade aus Parteikreisen zugegangen, daß es mir vielleicht gestattet ist, auf diesem Wege von Herzen zu danken. Ich möchte nur die Bitte hinzufügen, unsern Eduard Bernstein, der sich auf dem Wege der Besserung befindet, und der von dem schweren Schicksalsschlag noch nichts weiß, durch keinerlei Mitteilungen darüber zu unterrichten.

Mit innigem Dank und Parteigruß! Prof. Chajes.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

71. Abt. Zehlendorf. Heute abend 8 Uhr Frauenleseabend bei Schnorr.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am 13. September 1925.

1. Rennen. 1. Königsadler (G. Lautenberger), 2. Blaue Adria, 3. Meister B. Toto: 25:10. Platz 15, 19, 72:10. Ferner liefen: Flamette, Delos, Good Bey, Lumpi, Alpengeier, Ostmark, Harlekin, Interessent.

2. Rennen: 1. Lindenbummler (R. Ringlus), 2. Möglich, 3. Kasimir. Toto: 24:10. Platz: 17, 40, 26:10. Ferner liefen: Friston, Dreimaster, Senner, Halma, Erich S., Luft Quast, Michael, Constanz.

3. Rennen. 1. Cad. Axworthy (G. Jauß jr.), 2. Diagonale, 3. Crassus. Toto: 28:10. Platz: 19, 60, 46:10. Ferner liefen: Pechsackel, Winnie, Pontresina, Jeffries jr., Kluck, Sybill, Della, Malador I, Handfest, Prinzessin, Elawab, Gloria Silk, Fasner J.

4. Rennen: 1. Stechen: 1. Alland (Ch. Mills), 2. Soubrette, 3. Florentiner. Toto: 14:10. Platz: 13, 15, 15:10. Ferner liefen: Mary H., Col. Bosworth, Zoro, Addie. 2. Stechen: 1. Alland, 2. Florentiner, 3. Soubrette. Toto: 11:10. Platz: 10, 11, 11:10. Ferner liefen: Mary H., Zora, Addie. Gesamtresultat: 1. Alland, 2. Soubrette, 3. Florentiner, 4. Mary H., Tot.: 11:10.

5. Rennen. 1. Quera (E. Sablin), 2. Stapellauf, 3. Adler. Toto: 116:10. Platz: 26, 27, 43:10. Ferner liefen: Unbell, Divisionär, Baron Watts jr., Aktorie, Lump, Benedict, Lindle, Alpenser, Odessa.

6. Rennen. 1. Abteilung. 1. Tudora (O. Arnold), 2. Mantua, 3. Venus. Toto: 132:10. Platz: 20, 30, 16:10. Ferner liefen: Morgensonne, Kleiderrose, Kerrigan jr., Sonntagspring, Gladiator I, Helling, Hadubrand. 2. Abteilung. 1. Kolula (G. Heiland), 2. Sylvia Stout, 3. Glashöferin. Toto: 182:10. Platz: 34, 19, 17:10. Ferner liefen: Baron Gabler, Kürassier, Langemann, Parisia D., Dr. Lem jr., Siegfried.

7. Rennen. 1. Heimann (G. Jauß jr.), 2. Karneval, 3. Johanniskäfer. Toto: 28:10. Platz. 15, 17, 19:10. Ferner liefen: Fürst, Roxanna, Simbler, Ludmill I, Kammersänger, Ebonit, Stardella.

8. Rennen. 1. The Kitty (H. Grube), 2. Altmark, 3. Doline. Toto: 36:10. Platz: 14, 12, 14:10. Ferner liefen: Coriolanus, Alarich, Peralta, Brofchüre, Katzbach, Terrera.

Wirtschaft

Der Waldbesitz der Kommunen.

Eine Denkschrift des Verbandes höherer Kommunal- und Forstbeamten über die Kommunalforstverwaltung in Preußen, die im Verlag der J. Neumannschen Verlagsbuchhandlung in Neudamm erschienen ist, bringt u. a. eine interessante Zusammenstellung über den Umfang der Kommunalforsten. Eine einwandfreie Nachweisung über die Flächengröße der Kommunalwaldungen liegt zurzeit nicht vor. Die früheren Aufstellungen sind durch die Gebietsverluste beim Friedensschluß wesentlich beeinflußt. Der Flächenabgang an Kommunalwald ist zwar nicht unwesentlich, aber bedeutend geringer als der Verlust an Staatsforsten, so daß heute sich das Verhältnis zugunsten der Kommunalwaldungen entwickelt. Die Denkschrift schätzt die ganze Kommunalwaldfläche Preußens auf 1,3 bis 1,4 Millionen Hektar, wovon sich im Besitz einzelner Gemeinden mindestens 1,1 Millionen Hektar befinden.

Die Gesamtwaldfläche Preußens betrug 1903 im ganzen 8 270 000 Hektar, wovon nur 2 558 000 Hektar auf die Staatsforsten kamen. Der Staatswald umfaßte damals 30,9 Proz. und der Kommunalwald einschließlich der Genossenschaftsforsten 17,4 Proz. der Gesamtwaldfläche des Staates. Heute ist die Kommunalwaldfläche in Preußen fast zwei Drittel so groß wie die Staatswaldfläche und damit für die Holzerzeugung des Landes von allergrößter Bedeutung. In den übrigen Staaten Deutschlands stellt sich der Anteil der Kommunalwaldungen an der Gesamtfläche des Staates:

in Baden	auf 48,7 Proz.
in Hessen	„ 37,4 „
in Württemberg	„ 33,3 „
in Bayern	„ 14,2 „
in Sachsen	„ 8,8 „

der Gesamtfläche, so daß Preußen mit seiner Kommunalwaldfläche an vierter Stelle steht. Diese Zahlenangaben beweisen die außerordentliche und in der Oeffentlichkeit bisher stark unterschätzte Bedeutung der kommunalen Forstwirtschaft. Der Städtetag beabsichtigt, sich mit den Richtlinien für ein Gesetz über die Bewirtschaftung und Verwaltung der im Besitz von Körperschaften des öffentlichen Rechts befindlichen Forsten zu beschäftigen.

Die Regelung der Gefrierfleischversorgung. Zur Besprechung der Richtlinien für die Regelung der Gefrierfleischeinfuhr und -verteilung, entsprechend dem Gesetz über Zolländerungen, hatte das Reichsernährungsministerium am Dienstag die Vertreter der in Frage kommenden Organisationen einschließlich der Konsumvereine und des Deutschen Städtetages, am Mittwoch die Vertreter der Länder eingeladen. Der von den beteiligten Ministerien vorgelegte Plan ging dahin, daß die Importeure das zollfrei eingeführte Gefrierfleisch nur an solche Verkaufsstellen weiterleiten dürfen, die von den Gemeinden ausdrücklich hierfür zugelassen sind. Die Gemeinden sollen dafür sorgen, daß das Gefrierfleisch möglichst billig dem Konsum zugeführt wird. Zur Beratung der Regierung für Kontingentierung der Einfuhr ist die Bildung eines Beirats von Sachverständigen in Aussicht genommen.

Zur Beurteilung der Kaufkraft der Landwirtschaft. An der Bewegung des Kunstdüngermarkts konnte man beobachten, daß die Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft trotz der in der letzten Zeit erfolgten Senkung der Getreidepreise im Großhandel außerordentlich günstig ist. Das deutsche Kalisyndikat schneidet mit Rekordumsätzen ab, auch der Stickstoffmarkt ist nach dem Syndikatsbericht im August noch größer als im Vormonat gewesen, obwohl die eigentliche Düngerperiode noch weit vor uns liegt.

Zur Lage des Ruhrbergbaus. Der Absatz im Ruhrbergbau hat sich im Monat August im Vergleich zu den Vormonaten um ungefähr 4 bis 5 Proz. gebessert. Diese Besserung rührt daher, daß in Erwartung des englischen Bergarbeiterstreiks vom Ausland größere Aufträge nach Deutschland vergeben wurden, und daß mit Ende August die Sommerpreise des Kohlensyndikats abschließen. Zuletzt hatte sich der Auslandsabsatz, der zeitweise ein Drittel des Inlandsabsatzes einschließlich der Reparationslieferungen betrug, wieder verschlechtert. Daraufhin hat sich aber die Nachfrage aus dem Inland gebessert, wobei wesentlich ist, daß gerade solche Kohlenverbraucher größere Bestellungen aufgeben, die direkt oder indirekt für die Landwirtschaft tätig sind. Man rechnet in Anbetracht des kommenden Winters damit, daß die Auftragserteilung nicht zurückgehen wird. Die Stillegung im Ruhrbergbau kann im großen und ganzen als beendigt angesehen werden. — Zurzeit beträgt die Belegschaftsziffer im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000, damit ist sie ungefähr um 25 000 geringer als vor dem Kriege und ungefähr um 160 000 niedriger als die Höchstziffer im Jahre 1922. Allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß der Ruhrbergbau seinen Tiefstand überwunden hat, und die Linie der Entwicklung, wenn auch langsam, nach oben geht.

Der amerikanische Markt ist mit alten Maschinen überschwemmt. Für die große Umwälzung die gegenwärtig in der amerikanischen Industrie vor sich geht, wo neue arbeitsparende Maschinen eingeführt werden, ist der Bericht der Zeitschrift der amerikanischen Schwerindustrie „Iron Age" über die Ueberschwemmung des Marktes mit alten Maschinen sehr bezeichnend. Eine, wie es dort heißt, ungeheure Anzahl von gebrauchten Maschinen ist auf dem Markt erschienen und steht mit den neuen Typen im Konkurrenzkampf. Das System der Fließarbeit (laufendes Band) wird immer weitergehender eingeführt. „Iron Age" berichtet über die Umstellung des Großbetriebes „Interstate Foundries" in Cleveland, wo durch Einführung des laufenden Bandes (Convoyor) ohne Verringerung der Leistungsfähigkeit eine Ersparnis von 50 Proz. an Fabrikraum mit erheblich verminderten Transport- und Arbeitskosten erzielt wurde. Was die europäische Industrie anbelangt, so kauft diese, dem erwähnten Bericht zufolge, keine amerikanischen Standardmaschinen, da der Prozeß der Standardisierung durch Verringerung der Typenzahl in Europa noch nicht fortgeschritten ist. Dagegen ist eine lebhafte Nachfrage nach arbeitsparenden Maschinen, vor allem von deutscher Seite vorhanden. Hier steht aber der Geldmangel größeren Anschaffungen im Wege. Die Maschinen können nur auf Kredit gekauft werden, und es wird daher vorgeschlagen, daß sich die Banken mit der Vermittlung von Krediten für Maschinenkauf beschäftigen sollen. Die englische Industrie scheint am wenigsten geneigt zu sein, sich die neuen amerikanischen arbeitsparenden Maschinen anzuschaffen.

Der Baumwollverbrauch der Welt. Wie die „Textil-Woche" erfährt, berechnet der „Internationale Baumwollverband" den Weltverbrauch an Baumwolle in den 6 Monaten bis zum 31. Juli auf 12 Millionen Ballen, von denen 7 022 000 nordamerikanischer Herkunft waren. Der Gesamtverbrauch der Welt für die Saison 1924/25 stellt sich demnach auf 23 168 000 Ballen, verglichen mit 20 430 000 Ballen in der Saison 1923/24. An amerikanischer Baumwolle wurden in der Saison 1924/25 13 229 000 Ballen, verglichen mit 11 107 000 Ballen in der Saison 1923/24, verbraucht. Da die Weltproduktion an Baumwolle in der Saison 1924/25 23 611 000 Ballen betragen hat, so hat die Vorratsreserve eine Zunahme von 443 000 Ballen erfahren. Die Vorräte sämtlicher Spinnereien stellten sich am 31. Juli 1925 auf 3 264 000 Ballen, darunter 1 815 000 Ballen nordamerikanischer Herkunft. Deutschland hat in der Saison 1924/25 1 211 000 Ballen Baumwolle verbraucht, verglichen mit 972 000 Ballen in der Saison 1923/24.

Gewerkschaftsbewegung

Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft.

Ein neues Glied im Deutschen Verkehrsbund.

Die Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal des Deutschen Verkehrsbundes und die Allgemeine Postgewerkschaft haben auf einer gemeinsamen Reichskonferenz ihrer Delegierten am gestrigen Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus die

Schaffung einer Einheitsorganisation

aller im Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst Beschäftigten unter dem Namen Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft (Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund) beschlossen. Durch diesen Zusammenschluß ist die Einheitsfront der freigewerkschaftlich organisierten Postbeamten, Arbeiter und Angestellten geschaffen und damit der Weg frei gemacht zu einer kraftvollen Gestaltung der freigewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb des Postpersonals.

Die von 172 Delegierten beider Organisationen beschickte Reichstagung fand unter der gemeinsamen Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Verkehrsbundes, Kollegen Schumann, und des Vorsitzenden der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Kollegen Uhr, statt. Als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes war Kollege Kozur erschienen. Der in besonderen Tagungen beider Organisationen vorberatene Satzungsentwurf wurde mit 168 gegen 4 Stimmen angenommen. Dieses Ergebnis wurde allgemein als ein Zeichen weitgehender Verständigung zwischen den aus allen Teilen des Reiches erschienenen Delegierten aufgefaßt und mit starkem Beifall begrüßt. Die Ausführungen von Kollegen Schumann und Uhr bekundeten den festen Entschluß, nunmehr die freigewerkschaftliche Idee innerhalb der Deutschen Reichspost gründlich zu verbreiten.

Der Wahlvorschlag fand einstimmige Annahme. Die neue Reichsleitung besteht aus den Kollegen Bender, 1. Vorsitzender, Uhr, 2. Vorsitzender. Als Schriftleiter des Organs der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft (Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund), „Post und Telegraphie" wurden die Kollegen Brunner und Rieck gewählt.

Der Vertreter des ADB., Kollege Kozur, fand mit seinen Ausführungen, in denen die Verschmelzung beider Organisationen als geschichtliche Tat gefeiert wurde, begeisterte Zustimmung. Er wies darauf hin, daß der unter den Reichsbahnern vor kurzem erfolgte Zusammenschluß zum Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands durch die jetzt erfolgte Verschmelzung innerhalb der Reichspost einen Abschluß zur freigewerkschaftlichen Umfassung der in den Verkehrsbetrieben Eisenbahn und Post Beschäftigten bedeute. Damit sei ein weiterer Schritt im Zuge der Entwicklung zur einheitlichen, geschlossenen Front des Arbeitnehmertums getan. Die von den gegnerischen Organisationen zu erwartenden Schmähungen und Herabsetzungen könnten für die in der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft im Deutschen Verkehrsbunde zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten nur ein Ansporn sein zu neuer Kraftentfaltung.

In der Zeit schwerer wirtschaftlicher Machtkämpfe bedeutet dieses Zusammengehen von Gehalts- und Lohnempfängern der Deutschen Reichspost ein verheißungsvolles Zeichen gewerkschaftlicher Solidarität. Die Verbindung erfolgt in richtiger Erkenntnis der notwendigen einheitlichen Kampfstellung. Der Wille zur Abwehr wird von neuer Kraft getragen. Die freigewerkschaftliche Idee aber wird unter den noch abseits stehenden Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Reichspost ihre neue Werbekraft nicht verfehlen.

Das Schlußwort auf der vorhergehenden Tagung hat der Versammlungsleiter Rank, nicht Zackert, gehalten.

Zur Lohnfrage im Ruhrbergbau.

Die Mißstimmung der Bergarbeiter.

Von der Ruhrbezirksleitung des Bergarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Die tariflichen Arbeiterverbände kündigten die Lohnordnung und forderten ab 1. September eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. Den nach Scheitern der Parteiverhandlungen gefällten Schiedsspruch mußten die Arbeiterverbände ablehnen, da er keine Erhöhung der Löhne vorsah. In einem Schreiben vom 25. August wandten sich die vier Bergarbeiterverbände an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen, den gefällten Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären und ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die Bergarbeiterverbände waren der Meinung, so gut das RAM. in letzter Zeit zweimal (im Dezember 1924 und April 1925) einen günstigeren Schiedsspruch auf Einspruch der Unternehmer in einem von ihm aus eingeleiteten neuen Verfahren zugunsten der Unternehmer abändern konnte, es auch einmal in einem von ihm einzuleitenden Verfahren eine Abänderung zugunsten der Arbeiter vornehmen könnte.

Bis heute, den 11. September, hat das RAM. es nicht für notwendig erachtet, den vier Bergarbeiterverbänden eine schriftliche Antwort zukommen zu lassen. Wir erfuhren am 9. September, daß das Reichsarbeitsministerium Vertreter der Verbände, die aus anderen Anlässen in Berlin weilen, mündlich davon unterrichtete bzw. unterrichten wollte, daß der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt würde, zugleich aber, daß auch eine neue Ladung der Parteien — mit evtl. nachfolgenden neuen Schlichtungsverhandlungen und einem neuen Schiedsspruch — keinen Wert habe, da im Augenblick an eine Lohnerhöhung nicht zu denken sei. Vielleicht könnten Verhandlungen in der ersten Hälfte des Oktober angesetzt werden.

Das Verhalten des RAM. läuft also demnach auf eine Verschleppung der Lohnregelung hinaus. Es bedeutet eine starke Mißachtung der Bergarbeiter und eine Berücksichtigung der Unternehmerwünsche. Die gegenwärtigen Löhne im Ruhrbergbau gelten seit dem 22. April 1925. Bei der damaligen Verhandlung lag die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung von März mit 136 vor. Inzwischen sind die Preise gestiegen. Die Reichsindexziffer für August beträgt 145. In den Städten des Ruhrgebiets, z. B. Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen (mit Ausnahme von Essen) ist die Lebenshaltungsindexziffer noch höher. In fast allen übrigen Berufen ist dieser Preissteigerung durch eine Lohnerhöhung in etwas Rechnung getragen worden. Das RAM. scheint der Meinung zu sein, daß für die Bergarbeiter der bisherige Lohn noch hoch genug sei. Diese Meinung deckt sich jedenfalls mit der der Unternehmer. Hat doch der Herr Generaldirektor Wiskott bei den letzten Lohnverhandlungen auf eine entsprechende Aeußerung eines Arbeitnehmervertreters entschieden bestritten, daß er die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung anerkannt habe. Ist die Stellung des RAM. als Wirkung der Behauptung der an den Reichskanzler gerichteten Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 12. Mai d. J., sowie des darin enthaltenen Ersuchens zu werten, Lohnerhöhungen hintenan zu halten? In dieser Denkschrift wurde nämlich behauptet, die Löhne seien im April 1925 gegenüber Januar 1924 um 30 bis 70 Proz. und gegenüber Juli 1924 um 20 bis 25 Proz. gestiegen. Diese Behauptung ist bezüglich der Ruhrbergarbeiterlöhne purer Schwindel. Dabei soll der Bergarbeiterlohn nach berufenem Munde mit an der Spitze stehen. Sehen wir uns die Lohnzahlen an.

Nach der Nr. 31 des „Glückauf", der Zeitschrift des Essener Bergbauvereins, betrug der Leistungslohn einschließlich Soziallohn je Schicht und Mann der Gesamtbelegschaft im Januar 1924 5,12 M., im April 1925 6,62 M., also ein Mehr von 1,50 M. = 29 Proz. Im Juli 1924 betrug dieser Lohn 6,18 M.; die Steigerung vom Juli bis April mithin 0,44 M. = 7,12 Proz.

Bei den letzten Lohnverhandlungen erklärten die Unternehmer, die Ablehnung der Forderung sei nicht etwa aus Mangel an gutem Willen erfolgt, sondern weil sie finanziell unmöglich sei. Die Werke erforderten Zubußen, an Ueberschüsse sei nicht zu denken. Sie verweisen bezüglich der Selbstkosten auf den Steiger Halbfell, der angeblich bei Prüfung der Selbstkosten zu demselben Ergebnis (Minus) gekommen sei, wie die Unternehmer. Die jüngsten Auseinandersetzungen des Steigers Halbfell mit der Bergwerkszeitung beweisen, wie die Herrschaften die Karre zu schieben versuchen. Halbfell mußte sich bei seiner Prüfung an den ihm gewordenen Auftrag halten. Warum werden aber bei solchen Prüfungen nicht die Nebenproduktenanlagen mit einbegriffen, um zu einem Einblick über den wirklichen finanziellen Stand des gesamten Werkes zu kommen? Die Herren wissen warum. Hat doch schon in der Vorkriegszeit unser verstorbener Kamerad Hue der früheren Gewerkschaft Dorstfeld z. B. nachgewiesen, daß die ansehnlichen Gewinne nicht aus dem Grubenbetrieb, sondern aus den Nebenproduktenanlagen stammten. Man hütet sich, hier die Karten offenzulegen. Trotzdem verlangen die Unternehmer, daß ihren Klagen geglaubt werden soll. Solange jedoch nicht durch eine entsprechende Prüfung unter Beteiligung von Arbeitervertretern festgestellt wird, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, werden wir zu den Ungläubigen gehören und dazu haben wir nach allen Erfahrungen guten Grund.

Wir halten eine Lohnerhöhung sehr wohl für möglich. Im RAM. scheint man den Darstellungen der Unternehmer ohne weiters zu folgen, sonst könnte es diese Stellung nicht einnehmen. Kommt denn dem Reichsarbeitsministerium nicht der Gedanke, daß sich bei der Bergarbeiterschaft angesichts solcher Behandlung ein tiefer Groll ansammelt, der sich eines Tages entladet? Dann entrüstet man sich wieder über den dadurch entstandenen wirtschaftlichen Schaden und vornehmlich die Unternehmerpresse ist dann bei der Hand, diesen Schaden in Mark und Pfennig zu errechnen und die Verantwortung den Gewerkschaftsführern zuzuschreiben. Wir wollen deshalb noch rechtzeitig auf diese Situation hinweisen.

Neue Verhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, sollen im Laufe dieser Woche erneute Beratungen im Reichsarbeitsministerium über die durch den Schiedsspruch vom 27. August im Bankgewerbe geschaffene Lage stattfinden. Vorläufig ist hierzu der 17. September in Aussicht genommen.

Die Löhne von den Preisen abhängig.

Im amtlichen englischen Arbeitsblatt für August wird von tariflichen Abmachungen berichtet, bei denen ein automatischer Ausgleich der Löhne an die Verkaufspreise bestimmter Waren vorgesehen ist. Diese Art Lohnabkommen ist, abgesehen vom englischen Kohlenbergbau, für rund 220000 Arbeiter im Eisenerzbergbau, in den Eisen- und Zinkhütten und in Kokereien abgeschlossen. Es handelt sich dabei um reine Werktarife, wie sie in England noch sehr häufig abgeschlossen werden. Diese Art von Tarifen sind in fast allen Industriegebieten Englands gegenwärtig in Geltung. In der Liste der Waren oder besser gesagt der Industrieprodukte, nach deren Verkaufspreis sich die Löhne regeln, finden sich am häufigsten: Roheisen, Stahlschienen, Kesselplatten, Eisenbarren, Röhren, Bleche, Koks und der Kleinhandelspreis für Kohle. Besonders erwähnt wird z. B. ein Vertrag der Koksofenarbeiter in Durham. Hier werden bei einem Kokspreis von 25 Schilling für die Tonne 40 Proz. Zuschlag zum Standardlohn gezahlt. Steigt der Preis um 6 Pence, so ändert sich der Lohnzuschlag um 1 Proz. Die Arbeitnehmer sind berechtigt, durch eigene Rechnungsprüfer Einsicht in die Bücher der Arbeitgeber zu nehmen. Der Ausgleich zwischen Warenpreis und Lohn erfolgt monatlich einmal. In den Erzgruben in Cleveland findet vierteljährlich eine gemeinsame Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt; für die Lohnregelung ist hierbei der Roheisenpreis ausschlaggebend. Im allgemeinen sind jedoch Preise und Löhne ganz einfach miteinander verkoppelt, so daß sich besondere Rechnungen erübrigen.

Diese Art der Lohntarife, wie sie in England vielfach üblich sind, hat sich in Deutschland nicht bewährt. Durch sie wird das Interesse der Arbeiter eines einzelnen Werkes oder Konzerns an hohen Preises des Endproduktes zum Schaden der Allgemeinheit der Verbraucher und vor allem der übrigen Arbeiterschaft zu sehr gesteigert. In England liegen die Verhältnisse insofern günstiger, als der Preisfestsetzung des einzelnen Unternehmens viel engere Grenzen gezogen sind, weil die englische Industrie bei weitem nicht die starke Kartellierung und die damit verbundene monopolartige Preisfestsetzung kennt wie Deutschland.

Schluß des englischen Gewerkschaftskongresses.

Scarborough, 14. September. (Reuter.) In der Schlußsitzung des englischen Gewerkschaftskongresses kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Extremisten. Eine von ihnen eingebrachte Resolution, die scharfe Angriffe auf das britische Imperium enthielt und sich gegen den Imperialismus wandte, wurde angenommen, nachdem bereits die Hälfte der Delegierten abgereist war. Der Angriff der Extremisten wurde von Purcell, dem Vorsitzenden der Arbeiterdelegation, die kürzlich Rußland besuchte, geführt. Er sagte in seiner Rede: „Der Imperialismus ist die Schwester des Kapitalismus und der ärgste Feind der Arbeiterklasse. Der Führer der Eisenbahnarbeiter Thomas wandte sich in einer von den Extremisten häufig unterbrochenen Rede gegen die Resolution und erklärte, der Kongreß solle sich nicht durch die Annahme dieser Resolution lächerlich machen. Die Probleme der Welt können nicht in Drei-Minuten-Reden gelöst werden.

Die Vertreter der Eisenbahnarbeiter brachten ihre Ablehnung der Resolution dadurch zum Ausdruck, daß sie sich an der Abstimmung zu beteiligen weigerten.

Vor dem Ende des britischen Seemannsstreiks.

London, 14. September. (TU.) Der Seemannsstreik scheint den letzten Meldungen aus Australien und Südafrika zufolge seinem Ende zuzugehen. In Melburne sollen heute die Einigungsverhandlungen beginnen. In Sydney gilt der Streik als erledigt, und in Südafrika ist gestern der erste Dampfer seit Beginn des Streiks mit englischer Mannschaft von Durba abgefahren.

Diese Meldung eilt, soweit Sydney in Frage kommt, den Tatsachen voraus, was aus der folgenden von dort kommenden Nachricht hervorgeht.

Sydney, 14. September. (WTB.) Wie gestern abend mitgeteilt wird, werden für die nächsten 48 Stunden keine weiteren Haftbefehle gegen die streikenden Seeleute erlassen werden, da der Gewerkschaftsrat große Anstrengungen macht, die Parteien zwecks Erzielung eines Uebereinkommens zusammenzubringen.

Maßregelung der Bankangestellten in Frankreich.

Die Banken lassen jetzt die im Streik unterlegenen Angestellten ihre Macht fühlen, indem sie einen Teil derselben nicht wieder einstellen. Die Gemaßregelten wollen die Staatsgewalt anrufen. In Montepellier ist der Streik noch nicht beendet, da mit vier Bankinstituten keine Einigung zu erzielen war.

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband. Betriebsräte-Versammlung morgen Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses. Vortrag und Wahlen.

Feuersozietät der Provinz Brandenburg
gemeinnützige öffentl. Versicherungsanstalt

Eine wirtschaftliche Notwendigkeit
ist Versicherung auf Erstes Risiko für Wohngebäude und Hausrat in Städten

Berlin W. 35
Am Karlsbad 3/4
Fernsprecher: Amt Nollendorf 2392—2394

Deutsches Theater
8 Uhr
Man kann nie wissen
von Shaw
Billigster Platz 1.50
Teuerster „ 12.00

Kammerspiele
8 Uhr
Sechs Personen suchen einen Autor
von Pirandello
Billigster Platz 4.00
Teuerster „ 12.00

Die Komödie
Kurfürstendamm 206/207
8 Uhr
Herz ist Trumpf
von Gandéra
Billigster Platz 4.00
Teuerster „ 12.00

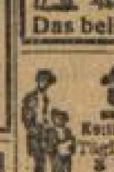
Apollo-Theater
8½ „Das große Los!" 8½
Dr. Rgr.-Rel. m. Ges. u. Tanz
m. Paul Beckers in der Hauptrolle
Lachen ohne Ende
60 Pf. bis 6 Mk.

Großes Schauspielhaus
Direktion: Karl Rosen
Täglich 8½ Uhr:
„Für Dich!"
Regie: Erik Charell
Musik u. Gesangstexte: Ralph Benatzki
Bühnenbilder u. Kostüme: Ernst Stern
Parkett M. 5.-, Balk. M. 4.-, I. Rang M. 3.-, 2. Rang M. 1.50, 3. Rang M. 0.75, Logen u. Klubsessel M. 7.- bis M. 12.-
Vorverkauf ab 10 U. vorm. ununterbr.

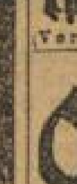
WALHALLA
7½ Uhr: Die lustige Revue
Mal was anderes
mit Lotte Werkmeister – Adolf Wilke
Lamberts – Paulsen – Reb. Steidl usw.
Preis 0,60–4,50. Vorv. ab 11 U. ununterbr.

WINTERGARTEN
TARZAN
das amerikanische Original
im Jubiläums-Spielplan.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise!
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Preise, volles Abend-Progr.!
Dönhoff-Brettl:
(Saal und Garten)
Das beliebte Familienvarieté



Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6 - Tel. Mpl. 10077.
Tägl. 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen)
die konkurrenzlose Revue:
Berlin ... da kiekste!
(Vorverkauf: 11—1½ und 5—6 Uhr.)



30 Jahre bin ich an
Gesichts-ausschlag
durch Schaumauflage mit Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife
erzielte ich rasche Heilung. Dr. Hachmann in St. ... Per St. M. —,65, Doppelstück M. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien

Liane Haid
Alfons Fryland, Paul Biensfeld, Walter Rilla
die Hauptdarsteller in „Liebesfeuer"
heute persönlich in beiden Vorstellungen!
Ufa-Palast Königstadt
Schönhauser Allee 10

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Riesenauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Etage, kein Laden
(Mietsfrei, daher konkurrenzlos billig.)
Vorzeiger erhält 5% Rabatt.

Verkäufe

Reißzeuge (Richter-Präzision), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37.

Naumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme Emil Halbach G. m. b. H. Friedrichstraße 2a. Merkur 6266.

Chaiselonguedecken 5,—, wunderbare Wandbehänge 5,—. Pappelallee 12.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Verleih von Gesellschaftsanzügen, Brunnenstraße 4, Norden 5177.

Getragene Herrengarderobe, tadellos erhalten, Gelegenheitskäufe in Pelzwaren, große Auswahl, billige Preise, Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Möbel

Aufkleideschränke 110.—, englische Bettstellen 48.—, Plüschsofas, Einzelmöbel, Zahlungserleichterung. Stein, nur Anklamerstraße 20.

Chaiselongues, Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Teilzahlung. Möbel jeder Art. Geringe Anzahlung, bequeme Abzahlung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link Brunnenstraße 33.

Klaviere, tadellose Verarbeitung, langjährige Garantie, Teilzahlung gestattet. Herer u. Co., Brunnenstraße 131, am Rosenthaler Tor.

Fahrräder

Linienstraße 85! Herrenräder, Damenräder, Rennmaschinen zu Einführungspreisen. Kleine Anzahlung, bequeme Teilzahlung. Schachmann, Linienstr. 65.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19